

Protokoll Einwohnerratssitzung vom 29. August 2022

5. Sitzung vom 29. August 2022 von 19:00 bis 22:15 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz Cyrille Meier, Präsident

Protokollführung Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz **Einwohnerrat 19:00 – 22:13 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrats: 35
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Arsène Perroud, Gemeindeammann
Thomas Burkard, Vizeammann
Ariane Gregor, Gemeinderätin
Denise Strasser, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Sarah Donat, Kanzlei
Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt
Claudia Schwarzmaier, Leiterin Planung und Ortsentwicklung
Samanda Cipolla, Projektleiterin Hochbau

Entschuldigungen Roland Vogt, Gemeinderat
Laura Matter, SP
Claudia Hauri, SVP
Peter Christen, SVP
Lionel Zingg, FDP
Ruedi Donat, Die Mitte

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Daniel Scherrer, FDP
3. Dringliche Motion 15034 betreffend Vergabe des gesamten Jacob Isler-Areals an einen einzelnen Investor
4. Dringliche Motion 15035 Baurecht auf dem Isler-Areal
5. Bericht und Antrag 15032 Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) – Verpflichtungskredit für die Überbauung
6. Bericht und Antrag 15031 Gesamtrevision Nutzungsplanung – Verpflichtungskredit
7. Bericht und Antrag 15033 Erstellung Entwicklungsrichtplan Rigacker – Verpflichtungskredit
8. Postulat 14141 Outsourcing Hauswartungen und Reinigungen
9. Motion 15001 Anpassung des Vergütungsreglements für politisch gewählte Personen im Hinblick auf die Legislatur 2022-2025
10. Motion 15002 Anpassung der 1. Ratssitzung zur Eröffnung der Legislatur
11. Motion 15014 Kreditanträge für Bauprojekte
12. Motion 15019 Grosskreisel Zentrum Wohlen

Meier Cyrille, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 27. Juni 2022 zu verzeichnen:

- Einladung 5. Einwohnerratssitzung Montag, 29. August 2022
- Bericht und Antrag 15031 Gesamtrevision Nutzungsplanung – Verpflichtungskredit
- Bericht und Antrag 15033 Erstellung Entwicklungsrichtplan Rigacker – Verpflichtungskredit
- Dringliches Postulat 15024 Steuerfusserhöhungen zwingend mit Schuldenabbau
- Motion 15025 Label Energiestadt
- Anfrage 15027 zur Beschwerde beim Schweizer Presserat durch den Gemeinderat
- Anfrage 15027 Gemeinderat macht Beschwerde gegen den Wohler Anzeiger
- Motion 15029 Definierung einer Schuldenobergrenze und einer Steuerfussobergrenze mit den notwendigen Massnahmen
- Motion Verlagerung aller Repol-Arbeitsplätze an die Wilstrasse 57

Es liegt auf:

- Antwort zur Anfrage 15015 betreffend Mindereinnahmen Steuergesetzrevision
- Dringliche Motion 15034 Vergabe des gesamten Jacob Isler-Areals an einen einzelnen Investor
- Dringliche Motion 15035 Baurecht auf dem Isler-Areal
- Programm der Volkshochschule Wohlen
- Hinweis zur Modelleisenbahnausstellung in Wohlen

Inpflichtnahme Daniel Scherrer, FDP

Meier Cyrille, Präsident: liest das Amtsgelübde vor.

Daniel Scherrer, FDP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Daniel Scherrer ist somit als Nachfolger von Francine Koch in Pflicht genommen.

Dringliche Motion 15034 betreffend Vergabe des gesamten Jacob Isler-Areals an einen einzelnen Investor

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich stelle den Antrag, dass die beiden dringlich eingereichten Motionen zusammen behandelt werden und entsprechend die Wortmeldungen für beide Vorstösse erfolgen. Thematisch gehören diese zusammen und sie widersprechen sich gegenseitig.

Abstimmung

Der Antrag von Harry Lütolf, Die Mitte,

Gleichzeitige Behandlung der beiden dringlichen Motionen.

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Ja, es handelt sich um ein etwas spezielles Vorgehen, welches wir heute Abend im Einwohnerrat gewählt haben. Vorliegend sind zwei thematisch und von den Interessen ähnliche Motionen, welche sich jedoch ansonsten grundlegend unterscheiden. Ich verstehe es nicht, dass diese zusammen behandelt werden sollen. Ich werde nun die Dringlichkeit der Motion 15035 betreffend Baurecht auf dem Isler-Areal begründen.

Die Motion 14002 Vergabe des Jacob Isler-Areals an Dritte zur Nutzung im Baurecht von Alex Stirnemann, SP, wurde im Januar 2018 vom Einwohnerrat mit 22 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen überwiesen. Wir warten bis heute auf einen Bericht und Antrag. Die Anfrage der fünf wohler Unternehmer an die Verwaltung und den Gemeinderat vom Januar 2021, also vor ca. 1.5 Jahren, wurde erst nach mehrmaligem Nachfragen am 3. Juni 2022, unbefriedigend für die Fragesteller, beantwortet. Auf die ursprüngliche Anfrage dieser Firmen, dass sie ihr Projekt beim Einwohnerrat vorstellen können, wurde nicht eingegangen. Der Faktor Zeit für die fünf wohler Unternehmer wird langsam knapp. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass sich der Einwohnerrat heute über diese Motion bezüglich des Baurechts auf dem Isler-Areal unterhalten kann. Im Zusammenhang damit stehen mindestens 45 Arbeits- und zehn Ausbildungsplätze von dieser Motion ab.

Es sind – mit dem Baurechtszins – einerseits Einnahmen für die Gemeinde Wohlen und andererseits sind es auch die Steuereinnahmen dieser fünf Firmen. Die Gemeinde Wohlen kann, aus bekannten Gründen, solche finanzielle «Zustüpfen» gebrauchen. Wir brauchen die Einnahmen jetzt. Ich bitte Sie der Dringlichkeit zuzustimmen. Geben Sie der Diskussion eine Chance. Nur so können wir jetzt und heute über die Zukunft dieser wohler Firmen mitbestimmen. Wir Einwohnerräte sind dem Volk und dem einheimischen Gewerbe verpflichtet. Gerade vorhin haben wir es, mit dem geleisteten Eid, wieder gehört. Sagen Sie ja zur Dringlichkeit, so dass wir jetzt und heute etwas Gutes für Wohlen tun können. Vielen Dank.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich bin jetzt schon recht lange im Politbetrieb aktiv. Aber ich muss offen zugestehen, so etwas habe ich eigentlich noch nie erlebt. Das ist der erste Vorstoss – also jetzt aus der Sicht der anderen Seite – auf Bestellung. Bei diesem zur Diskussion stehenden Vorstoss werden ganz konkret die Interessen von Einzelpersonen verfolgt. So etwas habe ich noch nie erlebt. Ob dieses Vorgehen gut oder schlecht ist, kann man geteilter Meinung sein. Man kann darüber befinden, ob dies in Zukunft immer so gehandhabt werden soll, sprich wenn jemand auf die Einwohnerräte zugeht und man für diese Person einen massgeschneiderten Vorstoss konstruiert. Ich bin der Meinung, dass dies nicht gut ist. Ich finde, es ist nicht gut, dass im Einwohnerrat Vertragsverhandlungen geführt werden. Dass 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte im Rat über ein Sachgeschäft diskutieren, welches eigentlich erst durch die Verkäuferschaft, die Investoren, mit dem Gemeinderat im Vertrauen besprochen werden sollte. Im Anschluss – wie

es «courant normal» wäre, würde der Gemeinderat uns dann etwas vorschlagen. Dies wäre das korrekte Vorgehen und nicht, dass der Einwohnerrat selbst die Vertragsverhandlungen führt. Jetzt werden wir dazu genötigt, das so zu machen. Ich weiss, dass die Motionäre redlichen Absichten haben. Sie haben gesagt, es sei dringlich. Aber gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Sie kennen das altbewährte Sprichwort und die Dringlichkeit ist in diesem Fall sicher nicht gegeben. Das Grundstücksgeschäft läuft uns nicht davon. Zudem können wir nicht wissen, ob die Behauptungen der Firmen stimmen und tatsächlich nur dieses Grundstück im Dorf infrage kommt und sie es daher unbedingt haben müssen. Und wenn man das jetzt nicht sofort anbietet, dann wandern sie aus. Also das sind einfach Mutmassungen, welche in den Raum gestellt werden und damit wird die Dringlichkeit begründet. Unsere Motion – wir geben es offen zu – ist an und für sich genauso wenig dringlich. Wir können die Dringlichkeit nur damit begründen, dass wir das Ansinnen der anderen Seite – ich sage jetzt nicht das von der Konkurrenz, sondern einfach die andere Seite – im Rat diskutieren können und dass wir die unterbreitete Motion und Idee nicht gut finden. Eigentlich erachten wir die Konzeption des Gemeinderates als besser und damit wir dies miteinander diskutieren können, sahen wir uns als genötigt, unseren Vorstoss ebenfalls als dringlich einzureichen. Es handelt sich um ein Grundstück, es geht um dasselbe Thema. Man kann nicht sagen, dass es sich um sachfremde Themen handelt, sondern sie gehören zusammen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich werde nur zur Dringlichkeit aber gerade von beiden Motionen Stellung nehmen. Ich werde mir erlauben, ein bisschen ausführlicher zu werden, sage jedoch nachher nichts mehr zur Dringlichkeit. Der Gemeinderat sieht weder für die eine noch die andere Motion die Dringlichkeit als gegeben. In den letzten beiden Jahren wurden sämtliche Vorabklärungen und Vorarbeiten getroffen, um eine ordentliche Ausschreibung der Baurechtsvergabe vom Isler-Areal vorzunehmen, sodass es für die Gemeinde Wohlen die beste Lösung gibt. Nach dem Entscheid des Einwohnerrats vom 14. Mai 2018 zur Motion 14002, bezüglich der Vergabe des Isler-Areals im Baurecht, hat der Gemeinderat in jedem Geschäftsbericht ausgeführt, dass der Auftrag des Einwohnerrats, das Land im Baurecht zu vergeben, im Rahmen der Baurechtsvergabe stattfinden wird. Uns jetzt vorzuwerfen, dass nichts passiert wird, blendet diese Ausführungen aus. In den letzten Jahren sind konkret folgende verschiedene Nutzungsszenarien berechnet worden. Es wurde die Aufteilung zwischen Wohn- und Gewerbeanteil gerechnet, um festzustellen, was in Zukunft auf dem Areal stattfinden kann. Es wurde eine Altlastenuntersuchung durchgeführt – entgegen den Aussagen vieler Protagonisten. Zudem wurde die Ausschreibung für die Baurechtsvergabe erarbeitet. Die Vorbereitungsarbeiten sind alle zusammen am Laufen. Unser Ziel ist es, mit der Ausschreibung vergleichbare Angebote zu bekommen. Dazu müssen seitens der Baurechtsgeberin die Bedingungen klar definiert werden. Wir sind also auf Kurs, zwar nicht so schnell, wie wir uns das vorgestellt haben. Ihnen sind die vielen anderen laufenden Projekte bekannt. Die Dringlichkeitserklärung bzw. die Überweisungen der Motionen haben in keiner Art und Weise eine beschleunigende Wirkung. Falls potenzielle Interessenten an sie als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte gelangen, dann sind wir natürlich immer offen, wenn Sie uns die Namen mitteilen. Wir haben zudem immer wieder Interessenten für das Isler-Areal, welche sich bei der Gemeinde Wohlen melden. Diese werden alle gleich informiert.

Aus den Ausführungen von Meinrad Meyer, respektive von den Motionären entnehmen wir den Vorwurf, dass in den letzten Jahren nichts passiert sei und dass der Gemeinderat nicht schnell genug arbeitet. Diesen Vorwurf kann ich nicht unkommentiert stehen lassen. In den vergangenen zwei Jahren wurden sämtliche Abklärungen getroffen. Es wurden fünf verschiedene Nutzungsszenarien mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinde Wohlen berechnet. Es wurden die Auswirkungen berechnet, wenn das Gemeindehaus, statt zu sanieren und zu erweitern, neu auf dem Isler-Areal erstellen würde und das bisherige Areal des Gemeindehauses veräussern würde.

Der Gemeinderat hat bereits im Jahr 2020 entschieden, das Areal nur einem Investor im Baurecht abzugeben. Am 21. Januar 2021 haben die fünf genannten Firmen ihr Interesse am letzten Baufeld angemeldet. Aufgrund dieser Anfrage hat der Gemeinderat die Berechnung der verschiedenen Nutzungsszenarien noch einmal um diese neue Variante erweitert und zusätzlich zur Abklärung geben. Dies wurde den Interessenten mit E-Mail vom 2. Februar 2021 mitgeteilt. Im Sommer 2021 haben der zuständige Gemeinderat und der Bereichsleiter die Interessenten über den Stand informiert. Am 9. Dezember 2021 fand eine Sitzung mit allen Interessenten statt. Der zuständige Gemeinderat und der Bereichsleiter haben wiederum über den aktuellen Stand informiert. Ein Entscheid des Gemeinderats wurde für den Frühling 2022 in Aussicht gestellt. Am 3. Juni 2022 wurden die Interessenten mit dem Schreiben – welches Sie alle gesehen haben – dahingehend informiert, dass der Gemeinderat sich entschieden hat das gesamte Areal in einmal zu

vergeben. Es wurde vorgeschlagen, die interessierten fünf Firmen in den Baurechtsvertrag einzubinden. Dies indem dem Baurechtsnehmer im Baurechtsvertrag eine zwingende Voraussetzung formuliert würde, dort eine Miete anzubieten. Wir erwarten von diesen fünf interessierten Firmen bis Ende September 2022 eine Rückmeldung zum vorgeschlagenen Vorgehen inkl. den Angaben ihrer benötigten Eckwerte. Bis heute haben wir noch keine Antwort erhalten. Wenn Sie jetzt also da im Gemeinderat vorwerfen, er habe nichts getan, er habe nichts gemacht, dann ist das schlicht und einfach falsch. Das Resultat, welches nach den Abklärungen erfolgte, entspricht jedoch nicht dem Partikularinteresse dieser fünf Firmen. Das ist so. Es ist jedoch die Aufgabe des Gemeinderates die Gesamtinteressen der Gemeinde Wohlen zu berücksichtigen und nicht die Einzelinteressen anderer weiterzuverfolgen.

Falls Sie den Dringlichkeitserklärungen bzw. den Überweisungen der Motionen zustimmen würden, wird der Gemeinderat die Nichtüberweisung beider Vorstösse beantragen. Weiter detaillierte Ausführungen dazu erteile ich nach Annahme der Dringlichkeitserklärungen. Wir bitten Sie diesen nicht zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Keller Anna, Grüne: Ich unterstütze die Aussage von Harry Lütolf. Wir sehen bei beiden Motionen keine Dringlichkeit. Eine Motion verlangt die Abgabe des Isler-Areals an einen einzigen Investor. Wie Arsène Perroud dies eben ausgeführt hat, soll dies ohnehin schon so erfolgen. Somit ist bei dieser Motion die Dringlichkeit erst recht nicht gegeben. Bei der anderen Motion erachten wir insbesondere den zweiten unk des Antrags als sehr speziell. Es sollen fünf wohler Firmen mit Unterstützung durch den Einwohnerrat bevorzugt behandelt werden. Diese fünf Firmen haben zu einer unpolitischen Informationsveranstaltung eingeladen. Allerdings sind nur Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte eingeladen gewesen. Ist das unpolitisch? Ich habe lange gezögert, ob ich an diesem Anlass teilnehmen soll oder nicht. Am Schluss habe ich mich entschieden an diese Veranstaltung zu gehen. Ich wollte gerne Bescheid wissen, um was es genau geht. Das vorgestellte Projekt der fünf Firmen ist tatsächlich sehr interessant und als Projekt sicher zu unterstützen. Aber es enthält auch Fehlinformationen. Beispielsweise ist eine Tiefgarageneinfahrt vom Parkplatz hinter dem Casino gar nicht möglich. Diese Einfahrt wurde als einer der Gründe genannt, weshalb das Projekt genau an diesem Ort zur Umsetzung gelangen muss und nicht seitens der Bünzstrasse her. Es stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen, wenn andere wohler Firmen mit ihren Bedürfnissen an den Einwohnerrat gelangen und eine Vorzugsbehandlung wollen. Auch hier im Saal gibt es Eigentümer von KMUs – dürfen auch diese eine Vorzugsbehandlung geniessen? Mit dieser Motion öffnen wir Tür und Tor für die Vetternwirtschaft – man könnte auch sagen Klientelwirtschaft. Wenn überhaupt, dann müsste diese Motion auf dem ordentlichen Weg behandelt werden. Aber eigentlich sollte sie nach unserer Meinung sogar zurückgezogen werden, denn die Parteinahme für einige Firmen geht gar nicht.

Nicoll Jonathan, SVP: Unabhängig von all diesen gehörten, sogenannten Vorwürfen zu den Punkten, liegt es in unserer Verantwortung, uns zu überlegen, wie die Gemeinde künftig Geld einnimmt. Ich habe das schon mehrmals erwähnt und dementsprechend ist das mit einem Zeitfaktor verbunden. Die Meinung und die Behauptung des Gemeinderats, es bestehe keine Dringlichkeit, was die Entwicklung des Isler-Areals anbelangt, teilt unsere Fraktion überhaupt nicht. Und bevor wir ins Detail gehen, bitte ich Sie zu dieser Dringlichkeit Ja zu sagen. So können wir die Sache überhaupt einmal diskutieren. Wie es dann weitergeht, sehen wir ja nachher.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Ich möchte auf die Antworten des Gemeindeammanns Arsène Perroud noch eine Antwort geben. Wenn eine Motion wie diejenige mit der Nummer 14002 eingereicht worden ist, reicht es nach meinem Wissen nicht, dass nur im Geschäftsbericht erwähnt wird, dass man das Ansinnen von dieser Motion umsetzen will. Es braucht zu einer Motion immer einen Bericht und Antrag. Ich habe nie den Vorwurf geäußert, dass der Gemeinderat nichts gemacht habe. Ich habe immer gesagt, dass die fünf Unternehmer, 1.5 Jahre lang nichts gehört haben. Die bilateralen Gespräche haben zwar zum Teil stattgefunden, aber ihnen wurde nie gewährt ihr Projekt so vorzustellen zu können, wie sie es nachher bei den Einwohnerräten haben vorstellen wollen. Wenn der Gemeinderat bereits im Jahr 2020 beschlossen hat, das gesamte Isler-Areal an einen Investor abzugeben, weshalb hat der Gemeinderat dann 1.5 Jahre benötigt, um dies zu kommunizieren? Das ist meine Frage und ich habe nicht gesagt, dass der Gemeinderat nichts gemacht hat. Er hat nur einfach sehr schlecht informiert. Auch der Einwohnerrat hat offiziell nie solch

eine Mitteilung erhalten. Ich komme noch zur Fraktionsmeinung. Die Mitte steht, bis auf eine Person und der abwesenden Person, geschlossen hinter der Dringlichkeit und hinter dieser Motion.

Pascolin Laura, SP: Ja, die Gewaltenteilung auf kommunaler Ebene sollte vorhanden sein. Der Einwohnerrat bestimmt was und der Gemeinderat bestimmt wie. Beide dringlichen Motionen würden dem Gemeinderat die Arbeit als Vollzugsorgan nicht gerade einfach machen. Ich wiederhole es noch einmal. Der Einwohnerrat bestimmt was und der Gemeinderat bestimmt wie. Heute wollen beide Motionäre auch das «Wie» bestimmen. Die von Harry Lütolf, mir und einigen anderen eingereichte Motion ist grundsätzlich falsch und schon gar nicht dringlich, denn der Vollzug liegt bei der Exekutive. Somit mischen sich beide Motionen in die ausführende Arbeit der Exekutive ein. Ich verstehe das Anliegen von den fünf Unternehmern und das Kompetenzzentrum ist auch eine gute Idee. Jedoch ist die Vorgehensweise der fünf Unternehmern als suboptimal zu bezeichnen. Das öffentliche Interesse wird durch die Partikularinteressen dieser Gruppe in den Hintergrund gestellt. Die Motionen greifen in die Befugnis des Gemeinderats ein und das ist einfach nicht korrekt oder zielführend. Deshalb bitte ich Sie, der Dringlichkeit beider Motionen, nicht zuzustimmen.

Angst Matthias, GLP: Bei dringlichen Sachen denke ich zum Beispiel an einen Brand, an ein Hochwasser oder einen medizinischen Notfall. Und nun sollen wir heute Abend mit kürzesten Vorlaufzeiten und an allen üblichen Meinungsbildungsprozess vorbei, über die Dringlichkeit einer Vergabe von Bauland entscheiden. Ist das dringlich? Ist es nicht vielmehr unseriös das zu machen, ohne dass nähere Informationen vom Gemeinderat vorliegen. Es stellt sich die Frage, ob wir dies heute oder in den nächsten Monaten überhaupt dürfen. Meiner Meinung nach ist die Motion rechtsstaatlich bedenklich. Das Parlament hat sich um Grundsätze, also allgemeinverbindliche Regelungen zu kümmern, aber nicht um individuell konkrete Verfügungen, welche in der Zuständigkeit der Exekutive liegen. Bei allen privaten Sympathien für die engagierten Unternehmer. Für diesen Weg bin ich nicht zu haben. Das braucht mehr Zeit. Eine klare Mehrheit der Fraktion GLP/EVP lehnt die Dringlichkeit von beiden Vorstössen ab.

Keller Samuel, FDP: Die FDP hat tatsächlich die Motion von Ruedi Donat unterschrieben und hätte sehr wahrscheinlich auch diejenige von Harry Lütolf unterstützt, wenn wir gefragt worden wären. Beide Motionen haben das gleiche Ziel, nämlich das Vorwärtsgen beim Jacob Isler-Areal. Bei der Motion von Ruedi Donat geht es darum, dass eine einheimische Architektengruppe Interesse für das beste Stück Land, dem Filetstück, von diesem Dorf hat und bei derjenigen von Harry Lütolf, um den besten Preis. Eine Kombination davon wäre der Idealfall. Darum ist die Fraktion grossmehrheitlich gegen die Dringlichkeit. Wir sehen es als unverantwortlich und gefährlich ein solch emotionelles Geschäft unbedacht an einem Abend zu lösen. Inzwischen wissen wir, dass der Gemeinderat noch in diesem Jahr mit diesem Geschäft an den Einwohnerrat gelangt wäre. Das Gelände könnte man im besten Fall für CHF 14 Mio. verkaufen. Deshalb wird unsere Fraktion mit einer Anfrage an den Gemeinderat gelangen und ihn darum bitten, eine Analyse zu erstellen und den Unterschied zwischen der Vergabe im Baurecht und dem direkten Verkauf darzulegen. Insbesondere möchten wir wissen, welche Auswirkung dies auf die angekündigten Steuererhöhungen hätte. Wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat das Geschäft seriös behandelt, und wollen ihm bis Ende Jahr die Zeit dafür geben. Den beiden Motionären danken wir für den Anstoss zu dieser Debatte. Wir wissen jetzt, dass fast alle Parteien bei einer dieser beiden Motionen unterschrieben haben. Es wollen alle, dass es auf dem Gelände vorwärtsgenht.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich möchte nur noch ein Wort an die Motionäre richten, welche die Absicht haben, ein Stück vom Isler-Areal an die fünf Firmen anzubieten. Sollte die Dringlichkeit nicht angenommen werden vom Einwohnerrat, werden wir voraussichtlich über die beiden Motionen in der Grössenordnung Dezember 2022 oder Januar 2023 inhaltlich debattieren. Wir diskutieren immer über die Anträge. Ganz konkret über die Anträge dieser Vorstösse. Wenn Sie nun den Antrag der Motion lesen, welche sich an die fünf Firmen richtet, dann steht dort explizit, dass der Gemeinderat beauftragt werden soll, an die fünf Firmen – diese sind darin namentlich erwähnt – ein Baurecht anzubieten. Anlässlich unserer Fraktionssitzung vom letzten Montag durften wir Urs Müller in Begleitung eines Kollegen als Vertretung dieser fünf Firmen bei uns begrüssen und wir haben ihm die Frage gestellt, wie es aussehen soll. Wir wollten wissen, wer der Ansprechpartner ist, ein Konsortium? An wen soll das Baurecht angeboten werden? Wer ist der Gegenpart, der das unterschreibt? Urs Müller antwortete – wenn ich es richtig verstanden habe – dass es sich dabei nur um die Taro Architekten handelt. Ansonsten hätte ich ein Problem mit meinem Gedächtnis. Die anderen würden sich dann neben dem Baurechtsvertrag arrangieren, aber nicht innerhalb des Baurechtsvertrags. Der

Wortlaut dieser Motion ist also nicht korrekt. Die Architekten wollen etwas anderes als das, was in der Motion drinsteht. Darum empfehle ich dem Motionär, im Hinblick auf die Debatte im Dezember oder Januar, mindestens das noch klarzustellen. Den Wortlaut noch zu ändern, wenn dies gemäss der Geschäftsordnung noch möglich ist. Aber so stehen lassen kann man es nicht, denn es deckt sich inhaltlich nicht mit den Anliegen, welche Urs Müller und die vier Firmenpartner haben.

Nicoll Jonathan, SVP: Ich äussere mich erneut zur Dringlichkeit. Von Laura Pascolin haben wir gehört, der Einwohnerrat entscheidet was und unser Gemeinderat wie. Aber wer entscheidet wann? Der Zeitpunkt ist sehr dringlich. Schauen Sie einmal den Finanzplan in fünf Jahre Projektion an und was sonst alles kommen mag. Das Loch wird immer grösser. Was in dieser Motion drin steht, bezeichnet was es genau betrifft. Für all diejenigen, welche die Detailinformationen nicht hatten. Ich spreche da zu unserem Volk. Es ist nicht die Rede davon, dass man Urs Müller und seinen Geschäftspartnern einen Baurechtsvertrag anbietet. Das steht alle noch in den Sternen. Wenn man jedoch die Idee dahinter mit allem Fachwissen und dem gesunden Menschenverstand zusammenzählt, dann geht es in dieser Motion darum zu entscheiden. Sie haben ja alle auch die zweite Option auf dem Tisch. Also ist es ja klar, um was es geht. Es geht um die Diskussion, die Parzelle D in einem zweiten Baurechtsvertrag einem Investor zur Verfügung zu stellen. Ich suche immer noch das Argument des Gemeinderats, welches die Behauptung stützt, das Geschäft sei nicht dringlich. Wir müssen uns zusammen überlegen, wie wir künftig Geld einnehmen werden. Ich komme nicht zurück zum was und wie, jedoch zum wann. Das wann ist jetzt. Jetzt wollen wir über etwas diskutieren, was ein Ausblick für die Zukunft darstellt. Ich bitte Sie, dass wir jetzt an dieser Motion festhalten und sie diskutieren.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Es ist schon interessant, wie viele Unwahrheiten erzählt werden. Da wird von einem Filetstück des Isler-Areals gesprochen, welches sich in der hintersten Ecke befindet. Diesen Teil der Parzelle möchten die Firmen übernehmen. Es handelt sich dabei um ein Schattenloch und sicher nicht um ein Filetstück. Also es werden einfach Sachen erzählt, welche nicht fundiert sind. Mit diesen fünf Firmen erhalten wir einen konkreten Investor. Wir hätten jetzt die Möglichkeit, einen Teil des Isler-Areals so veräussern zu können, dass er denselben Baurechtzins einbringt wie der ganze vordere Teil, wenn ihn ein Grossinvestor übernimmt. Es gibt keinen einzigen Franken Verlust. Im Gegenteil, wir hätten jetzt schon die Einnahmen und nicht erst in zehn Jahren, fünf oder fünfzehn Jahren. Matthias Angst, GLP, sagte, es braucht mehr Zeit. Ja, die Politik braucht immer wahnsinnig viel Zeit. Viel zu viel Zeit. Wir müssen die Einnahmen für Wohlen jetzt generieren und wir müssen jetzt etwas machen. Jetzt hätten wir die Möglichkeit dazu mit einem Investor, welcher diesen Teil der Parzelle bebauen will.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte auf die Frage von Meinrad Meyer, bezüglich der Begründung des Gemeinderates für die Nichtdringlichkeit. Nicht dringlich ist es, weil wir uns bereits auf dem Weg befinden. Wir warten auf die Rückmeldung der Interessen und haben bis heute noch nichts gehört. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es mit dem vorgeschlagenen Weg zu ermöglichen wäre.

Für die Höhe eines Baurechtzins ist der Landwert massgebend, welcher hinterlegt wird. Der Landwert multipliziert sich mit einem Zinssatz. Es gibt hier unterschiedliche Modelle. Entscheidend für die Landpreise ist jedoch der jeweilige Anteil von Wohnen und Gewerbe. Es handelt sich nicht um eine Neuigkeit, welche ich Ihnen erzähle. Bereits vor der Corona-Pandemie war die Nachfrage nach Gewerbeflächen wesentlich tiefer als diejenige nach Wohnflächen. Das führt dazu, dass die Landpreise für Flächen, auf welchen pflichtgemäss Gewerbe erstellt werden muss, geringer ausfallen als diejenigen, bei welchen die Erstellung von mehr Wohnflächen möglich ist. Mit dem Vorhaben, welches durch Meinrad Meyer prominent platziert worden ist, verändert sich jedoch der Anteil von Wohnen und Gewerbe auf dem gesamten Perimeter vom Gestaltungsplan nachteilig. Es handelt sich dabei um eine rechnerische Geschichte. Wir haben die verschiedenen Szenarien von einem der renommiertesten Immobilienbüros in der Schweiz durchrechnen lassen. Das wiederum führt einfach zu einem unterschiedlichen Landwert, was nachher eine negative Auswirkung auf den Baurechtzins hat. Selbstverständlich kann die Gemeinde Wohlen sagen, dass dies ein Teil darstellt, um das lokale Gewerbe zu unterstützen. Das dürfen wir machen, aber auf diese Frage würde ich gerne nachher eingehen. Ich stimme hier der Aussage von Matthias Angst zu. Wir brauchen Zeit, um das abzuklären respektiv das Ganze darzulegen, sodass es dann diskutiert werden kann. Meinrad Meyer sagte, es handle sich nicht um den attraktivsten Ort auf der Parzelle. Muss es attraktiv sein? Es existiert für dieses Areal einen Gestaltungsplan, welche für gut befunden worden ist. Darin wurde festgelegt, dass vor allem in den hinteren beiden Volumen das Wohnen stattfinden soll. Selbstverständlich ist es nicht so attraktiv an einem öffentlichen Platz im vorderen Bereich zu wohnen, wie im hinteren und ruhigeren Bereich. Wenn es

sich tatsächlich um ein Schattenloch handeln würde – so wie es vorhin gesagt wurde – dann hätte man wohl bei der Erstellung und Beurteilung des Gestaltungsplans einen grossen Fehler gemacht, indem dies so festgelegt wurde. Ich bitte Sie nochmals, der Dringlichkeit nicht zuzustimmen.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Das stimmt so nicht, was Arsène Perroud gesagt hat. Es verändert sich nichts in Sachen Anteil von Wohnen und Gewerbe. Der Gestaltungsplan gibt genau vor, was man machen muss und genau das würden die fünf Firmen einhalten. Sie werden weder mehr Wohnungen noch mehr Gewerbe erstellen, als vorgegeben ist. Da wir ja nicht mehr zur Dringlichkeit sprechen, ist dies noch meine Antwort dazu. Ich bin der Antwort des Gemeindeammanns nicht einverstanden.

Abstimmung über die Dringlichkeit

Der Einwohnerrat lehnt die Dringlichkeit mit 34 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Dringliche Motion 15035 Baurecht auf dem Isler-Areal

Die Behandlung und Diskussion über die Dringlichkeit erfolgten unter dem vorhergehenden Traktandum.

Abstimmung über die Dringlichkeit

Der Einwohnerrat lehnt die Dringlichkeit mit 15 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen ab.

Bericht und Antrag 15032 Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) – Verpflichtungskredit für die Überarbeitung

Eberhart Andreas, SVP: Die jetzigen Grundlagen stammen aus dem Jahr 2011. Claudia Schwarzmaier, Stefan Leuenberger und der Gemeindeammann Arsène Perroud konnten die Fragen der FGPK sehr umfassend und informativ beantworten. Für die FGPK ist klar, dass die Überarbeitung des KGV notwendig ist. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der Verpflichtungskredit gesprochen wird. Die FGPK stimmt mit 8 Ja-Stimmen und einer Abwesenheit dem Verpflichtungskredit zu. Ebenso stimmt die FGPK der Abschreibung der Motion 14070 betreffend der Überprüfung und der Überarbeitung des kommunalen Gesamtverkehrsplans mit 8 Ja-Stimmen und einer Abwesenheit zu.

Auch die Fraktion SVP stimmt beiden Anträgen einstimmig zu.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke herzlich für die positive Aufnahme. Der Kommunale Gesamtplan Verkehr (KGV) ist ein behördenverbindliches Instrument. Er legt fest, wie zukünftig die Mobilität in der Gemeinde Wohlen funktionieren soll. Wie sie alle wissen, ist das Thema des Verkehrs und der Verkehrsbelastung generell in allen Gemeinden ein grosses Thema. Insbesondere aber in Wohlen steht das immer wieder auf der Traktandenliste. Wir arbeiten aktuell an der Gesamtverkehrsbeurteilung, welche der Kanton durchführt und gleichzeitig an der Zweckmässigkeitsbeurteilung der Südumfahrung. Das heisst wir befinden uns momentan in vielen Verkehrsplanungsprozessen. Der kommunalen Gesamtplanverkehr geht, im Gegensatz zur Gesamtverkehrsbetrachtung des Raums Wohlen, etwas tiefer und wird somit detaillierter. Der KGV basiert aber auf die Erkenntnisse und auf der Analyse der Gesamtverkehrsbetrachtung. Dies stellt eine grosse Chance dar, denn ein grosser Teil der Arbeit, welche für den KGV gemacht werden müsste, ist bereits im Rahmen der Gesamtverkehrsbetrachtung Wohlen erledigt worden. Für den Gemeinderat macht es darum Sinn, dass das jetzt direkt im Anschluss durchgeführt werden kann und so die bereits vorhandenen Informationen auch genutzt werden können. Es hat insbesondere auch finanzielle Vorteile. Die Verkehrsplanung allein zu betrachten ist wenig zielführend. Wichtig ist es, dass die Abstimmung zwischen der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung Hand in Hand geht. Aus diesem Grund wurde auch das nachfolgende Geschäft betreffend der Gesamtrevision Nutzungsplanung traktandiert. So sind die sämtlichen Planungsinstrumente auf ideale Art und Weise verknüpft. Vielleicht fragen Sie sich, weshalb der eher kleine Betrag nicht im Rahmen des Budgets beantragt wird. Der Prozess dauert jedoch über ein Jahr und aus diesem Grund ist ein Verpflichtungskredit zu beantragen. Im Namen des Gemeinderates bitte ich Sie den Antrag für die Umsetzung des KGVs zu unterstützen und die Motion der Mitte abzuschreiben.

Fraktionsmeinungen

Meyer Meinrad, Die Mitte: Die Mitte Fraktion stimmt dem 1. Teil des Bericht und Antrags einstimmig zu. Wir sind der Meinung, dass ein Kommunaler Gesamtplanverkehr sehr wichtig ist. Durch eine zukunftsorientierte Verkehrsplanung soll die steigende Siedlungsentwicklung analysiert und klare Zielsetzungen festgelegt werden. Das BVU plant zurzeit die Zweckmässigkeit der Südumfahrung. Die mit der Planung zusammenhängenden Synergien sollen da genutzt werden können. Wohlen braucht für den Durchgangsverkehr eine zukunftsorientierte Verkehrslösung und Wohlen braucht ebenfalls für den hausgemachten internen Verkehr eine optimale Verkehrsplanung. Eine Mehrheit der Fraktion ist der Meinung, dass der zweite Antrag bezüglich der Abschreibung der Motion 14072 erst mit der Erledigung und nicht schon mit dem Planungskredit abgeschlossen werden soll. Es wäre weiter schön, wenn der Name der Motionäre im Bericht und Antrag, wie es eigentlich früher gehandhabt wurde, wieder erwähnt werden würde. Zur Erinnerung, die Motion 14072 wurde am 15. Januar 2020, damals noch von der CVP-Fraktion, eingereicht. Die Mitte-Fraktion lehnt die Abschreibung dieser Motion zum jetzigen Zeitpunkt ab. Wir freuen uns auf eine zukunftsorientierte Überarbeitung des KGVs.

Sax Simon, GLP: Zuerst danken wir der Verwaltung für die Ausarbeitung des vorliegenden Bericht und Antrags. Der aktuelle KGV ist schon über zehn Jahre alt und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Zusätzlich erarbeitet der Kanton aktuell die Gesamtverkehrsbetrachtung. Die dabei erhobenen Daten können in Synergie genutzt werden. Es macht also zweifach Sinn, mit den Arbeiten zum Kommunalen Gesamtplan Verkehr jetzt zu starten. Ein grosser Teil des Verkehrs in Wohlen ist hausgemacht. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass neben dem motorisierten Verkehr auch ein Schwerpunkt auf den Langsamverkehr gesetzt wird. Nur wenn der Langsamverkehr attraktiv ist, kann er auch einen Beitrag zur Lösung der Probleme des motorisierten Verkehrs leisten. Unsere Fraktion wird dem Verpflichtungskredit, wie auch der Abschreibung der Motion, einstimmig zustimmen.

Manimanakis Corinne, SP: Mit diesem Bericht und Antrag wird einem schnell klar, wie wichtig die Überarbeitung dieses strategischen Planungsinstrument ist und wie das Ausmass aussieht. Die SP findet den Zeitpunkt heute und jetzt optimal gewählt. Denkt man an die Zweckmässigkeitsbeurteilung der Südumfahrung. Die Weiterentwicklung der Gemeinde Wohlen, welche sie vor sich hat. Mit dem Gesamtplan Verkehr wird die notwendige Grundlage für die Siedlungsentwicklung geschaffen. Er spielt aber auch für die gesamte Region und auch das Gewerbe eine bedeutende Rolle. Mit diesem Verpflichtungskredit wird die Grundlage geschaffen, um über den Tellerrand hinauszuschauen. Mit der Traktandierung der beiden nachfolgenden Geschäfte konnte zudem das Optimum im planerischen Bereich mit gutem Geschick herausgeholt werden. Die SP begrüsst auch den Miteinbezug der Bevölkerung in verschiedenen Gruppen und Workshops. Dies weil sich das Vorgehen bei der letzten Überarbeitung schon durchaus positiv ausgewirkt hat. Darum wird die SP dem Verpflichtungskredit für die Überarbeitung des KGVs in der Höhe von CHF 85'000 einstimmig zustimmen. Ebenso stimmen wir für die Abschreibung der Motion.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Die Sicherstellung der Lebens- und Standortqualität in Wohlen ist eine Herausforderung, welcher sich der Kanton und die Gemeinden heute – im Hinblick auf die zunehmende Mobilität – gemeinsam annehmen. Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung konsequent zu koordinieren, ist eine Grundvoraussetzung dafür. Der KGV dient dazu die Ziele umzusetzen können. Wir vermuten, dass viel Verkehr in Wohlen nach wie vor hausgemacht ist. Um eine Reduktion des Verkehrs innerorts zu erreichen sind Massnahmen nötig. Massnahmen, welche den hausgemachten, motorisierten Individualverkehr einschränken, respektive andere Verkehrsmittel attraktiver machen. Die Förderung des ÖVs, attraktive Velo- und Fusswege sind da die richtigen Massnahmen. Begegnungszone mit begrünter Fläche und schattenspendende Bäume werden nötiger denn je. Wir genehmigten den Verpflichtungskredit für die Überarbeitung des KGVs und auch die Abschreibung der Motion 14072.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Im Bericht und Antrag betreffend Verpflichtungskredit für die Überarbeitung des Kommunalen Gesamtplans Verkehr hat der Gemeinderat die Ausgangslage, die Zusammenhänge mit anderen Planungszielen, das Vorgehen und die Finanzierung dieses Projekts ausführlich dargestellt. Nach über zehn Jahren drängt sich eine Überarbeitung und Anpassung des KGVs auf. Die Fraktion Dorfteil Anglikon/FDP erachtet es als sinnvoll den Verpflichtungskredit zu genehmigen und stimmt dem Bericht und Antrag 15032 sowie der Abschreibung der Motion 4 072 einstimmig zu.

Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich möchte mich nur zur vom Gemeinderat beantragen Abschreibung der Motion äussern. Wenn Sie der Abschreibung heute zustimmen, dann geben wir etwas, was von diesem Parlament beschlossen wurde, leichtfertig aus der Hand. Von meiner Tätigkeit im Kantonsparlament, im Grosse Rat, bin ich es mir gewohnt, dass ein Vorstoss erst dann abgeschrieben wird, wenn er gesamthaft erledigt ist. Sie kennen den Wortlaut dieser Motion 14072 natürlich nicht auswendig. Ich kann Ihnen diesen kurz vorlesen:

«Der Gemeinderat wird beauftragt, den Kommunalen Gesamtplan Verkehr der Einwohnergemeinde aus dem Jahr 2012 so rasch wie möglich den aktuellen Verhältnissen anzupassen und dem Einwohnerrat die nötigen Anträge zu stellen, damit die Attraktivität unserer Gemeinde gewährleistet bleibt und gefördert wird.»

Der letzte und aktuell gültige Gesamtplanverkehr stammt aus dem Jahr 2012.

Der Gemeinderat hat uns damals am 2. Juli 2012 mit Bericht und Antrag 12093 vorgelegt. Damals musste der Gesamtplan Verkehr zur Kenntnis genommen werden. Der Antrag lautete, dass der Kommunale Gesamtplan Verkehr und das Parkierungskonzept vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen werden soll. Und solange uns der neue Gesamtplan Verkehr, welcher jetzt erarbeitet werden muss, dem Einwohnerrat noch nicht zur Kenntnis gebracht wurde, ist es nicht korrekt, die Motion heute schon abzuschreiben. Dies ist der Auftrag, welcher im Motionstext drinsteht. Wenn man das Geschäft jetzt schon zum Abschluss bringt, dann kann der Gemeinderat eigentlich machen, was er will.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Selbstverständlich kann man die Motion auch zu einem späteren Zeitpunkt abschreiben. Der Effekt daraus ist genau derselbe. Wenn Sie die Motion zu einem späteren Zeitpunkt abschreiben, dann werden wir, sobald der Kredit gesprochen ist, die Arbeiten aufnehmen und den KGV erstellen. Dieser wird Ihnen dann zur Kenntnis gebracht und dann können Sie über die Abschreibung der Motion abstimmen. Auch wenn Sie heute der Abschreibung zustimmen, werden wir die Arbeiten aufnehmen und Ihnen anschliessend den KGV zur Kenntnis bringen. Wenn Sie den Vorstoss offenlassen, dann wird dieser einfach als eine weitere Pendeuz im Geschäftsbericht aufgeführt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Überarbeitung des Kommunalen Gesamtplans Verkehr (KGV) im Gesamtbetrag von CHF 85'000 (inkl. 7.7% MWST).*

wird einstimmig zugestimmt.

2. *Abschreibung der Motion 14072 betreffend Überprüfung und Überarbeitung des Kommunalen Gesamtplans Verkehr.*

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Bericht und Antrag 15031 Gesamtrevision Nutzungsplanung –
Verpflichtungskredit**

Schmid Patrick, Grüne: Ich möchte mich bei den Verfassern des Berichts und Antrag – einer Supervorlage – bedanken. Insbesondere für die Lesehilfen und die Erklärungen der zahlreichen Abkürzungen, welche uns das Lesen vereinfacht hat. Die von uns gestellten Fragen wurden von Arsène Perroud, Stefan Leuenberger und Claudia Schwarzmaier zu unserer vollsten Zufriedenheit beantwortet. Wir haben eine Einführung zu diesen Geschäften erhalten. Dass das vorhergehende Geschäft angenommen wurde, ist ganz wichtig, denn dann würde es dieses Geschäft etwas unsinnig erscheinen lassen. Die einstimmige Zustimmung ist somit gut so. Bei der Vorlage «Gesamtrevision Nutzungsplanung» handelt es sich um ein Geschäft mit grosser Zustimmung, jedoch mit sehr komplexen und weitreichenden Auswirkungen. Die letzte Nutzungsplanung wurde von uns im Jahr 2014 gemacht. Die Lebensdauer einer solchen Nutzungsplanung liegt bei zehn bis fünfzehn Jahren. Eine Umsetzung dauert durchschnittlich zwischen sechs und sieben Jahren. In manchen Gemeinden dauert es viereinhalb Jahre und es gibt beispielsweise eine Nachbargemeinde, welche schon zwölf Jahre daran arbeitet. Wenn wir das nun in diesem Zeitraum umsetzen wollen, so ist es jetzt der richtige Zeitpunkt dafür. Der Hauptunterschied einer Nutzungsplanung und einer Kommunalen Gesamtplanung ist die Eigentümergebundenheit. Das Ergebnis, welches aus einer Nutzungsplanung resultiert, hat direkte Auswirkungen wie man beispielsweise ein Gelände bebauen und wie man es nutzen kann und welche Gestaltungselemente erlaubt sind. Dies hat zudem auch Auswirkungen auf die Landpreise. Dies muss man sich bewusst sein. Im Moment läuft auch Teilrevision von der BNO. Auch dort können wir schon gute Erfahrungen machen – beispielsweise im Mitwirkungsverfahren bei der Bevölkerung. Insgesamt empfiehlt die FGPK die Annahme dieses Antrags mit 8 Ja-Stimmen und einer Abwesenheit einstimmig.

Auch die Grünen unterstützen den Bericht und Antrag mit einem Verpflichtungskredit von CHF 900'000 für die Gesamtrevision Nutzungsplanung. Wir erhoffen uns von der neuen Nutzungsordnung eine erhöhte Berücksichtigung von ökologischen Anliegen, Klimafragen, Bodenversiegelung, Grundwassermanagement, sowie von Energiesparmassnahmen, welche verbindlich umgesetzt und auch kontrolliert werden.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke der FGPK für die gute Aufnahme. Die Gesamtrevision der Nutzungsplanung ist – wie es der Sprecher der FGPK richtig gesagt hat – alle 15 Jahre notwendig. Es ist ein Prozess bis am wieder die neu überarbeitete Nutzungsplanung, inklusive den Vorschriften in der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) hat. Je nach Anzahl Einsprachen, je nach juristischen Abhandlungen kann die Erarbeitung mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass der Prozess frühzeitig gestartet wird. Die Grundlage von jeder Nutzungsplanung ist die Erarbeitung von einem behördenverbindlichen räumlichen Entwicklungsleitbild. Das räumliche Entwicklungsleitbild legt in groben Zügen fest, wie sich die Gemeinde entwickeln soll und muss. Es muss darauf geachtet werden, dass es eng mit dem KGV erarbeitet wird. Im Verpflichtungskredit sind auch bereits die räumlichen Vertiefungsarbeiten enthalten. Dieser Betrag ist beispielsweise für Studienwettbewerbe, Machbarkeitsstudien von Einzonungen oder Vertiefungen in einzelnen Quartieren vorgesehen. Die berechneten Kosten basieren auf Erfahrungswerten von gleichgelagerten Gemeinden, vom Kanton und entsprechenden Büros. Wie Sie aus dem Bericht und Antrag entnehmen können, kann ein grosser Teil zur Mitfinanzierung beim Kanton Aargau angemeldet werden (Dekretsbeitrag oder Mehrwertabgabe). Einzig der Teil für die Nutzungsplanung, für welchen ein Betrag von CHF 400'000 budgetiert ist, kann nicht zur Mitfinanzierung beantragt werden. Der Kanton Aargau finanziert zwischen 30 und 50% mit. Bei der Gesamtrevision Nutzungsplanung handelt es sich um eine Pflichtaufgabe, welche die Gemeinde zu erfüllen hat. Wir können somit nicht bestimmen, ob wir dies machen möchten oder nicht. Es stellt eine raumplanerische Verpflichtung dar, dieser Aufgabe in regelmässigen Zeitabständen nachzukommen. Idealerweise wird dies zeitgleich mit dem KGV erstellt. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Pascolin Laura, SP: Der Gemeinderat ist für die langfristige Raumentwicklung im kommunalen Bereich verantwortlich. Also es liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Ich stelle einfach nochmals klar, dass die Nutzungsplanung ein wichtiges behördenverbindliches Planungsinstrument darstellt. Das Verfahren umfasst drei Elemente, welche für die Gemeinde Wohlen extrem wegweisend sind. Das räumliche Entwicklungsleitbild ist die Basis, um Veränderungen im Siedlungs- und Landschaftsraum zu lenken. Es nimmt Bezug auf den Ort und stärkt die Identität von der Gemeinde. Die planerischen Vertiefungsarbeiten richten sich nach dem Raumkonzept Aargau. Das sind Sachthemen wie zum Beispiel Quartier und Innenentwicklung, altersgerechtes Wohnen, Erschliessung und Freiraumgestaltung werden so vertieft analysiert. Die allgemeine Nutzungsplanungsregel regelt die zulässige Nutzung und Überbauung des Bodens. Das Zusammenspiel zwischen Bund, Kanton und Gemeinde ist in diesem Zusammenhang eine sehr komplexe Aufgabe aber auch sehr spannend. Da treffen Sachpläne vom Bund, Richtpläne vom Kanton und Regionale Richtpläne aufeinander. Es ist wirklich eine anspruchsvolle Aufgabe und deshalb sind wir der Meinung, dass die Kostenabschätzung im Bericht und Antrag von CHF 900'000 gerechtfertigt ist. Die Gemeinde wird nicht den Gesamtbetrag von CHF 900'000 tragen. Der Kanton unterstützt die Kosten durch die Mehrwertabgabefonds. Beim räumlichen Entwicklungsleitbild und bei den Vertiefungsarbeiten mit bis zu 33 bis 50%. Die Nutzungsplanung muss vollumfänglich durch die Gemeinde finanziert werden. Die SP-Fraktion sieht vor allem in dem Strategie- und Planungsinstrument eine Chance für eine nachhaltige Siedlungs- und Raumentwicklung. Die Gemeinde Wohlen soll als Kernstadt gestärkt werden. Aber natürlich dürfen auch die Raumansprüche von Menschen und Natur nicht vergessen werden. Die Freiraumqualität soll sich steigern und nach dem heissen Sommer in diesem Jahr wäre eine hitzeangepasste Siedlungsentwicklung allgemein von grosser Bedeutung. Die SP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Parvex Olivier, GLP: Wie und wo soll sich Wohlen in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Das können wir mit der Gesamtrevision der Nutzungsplanung festlegen. Für die Fraktion GLP/EVP ist dies das entscheidende Instrument, um Wohlen zu einer noch attraktiveren Gemeinde für Mensch und Wirtschaft zu machen. Bei der Gesamtrevision können wir Pflöcke einschlagen, welche für lange Zeit wegweisend sind. Die Nutzungsplanung jetzt zu überarbeiten ist richtig, weil die Welt im Jahr 2022 nicht mehr die gleiche ist, wie bei der letzten Gesamtrevision, welche im Jahr 2009 gestartet worden ist.

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen in den letzten 13 Jahren sind bedeutend. Für unsere Fraktion ist es zum Beispiel wichtig, dass die Entwicklung der Gemeinde nachhaltig passiert und dass die Gemeinde Wohlen für Mensch und Wirtschaft im Einklang mit der Umwelt weiterentwickelt wird. So sollen grössere Überbauungen oder Gebäude zum Kraftwerk werden, welche mit erneuerbarer Energie autark versorgt werden.

Wohlen soll eine Ladeinfrastruktur für E-Mobilität bekommen. Es soll auch für Stockwerkeigentümer und Mieter möglich sein, das Elektroauto zu Hause zu laden. Wohlen soll qualitativ hochwertige Erholungsräume haben, der Bünz entlang und auch in den Quartieren. Dazu gehören Grünflächen, welche für ein gutes Klima sorgen und – wie wir es bereits gehört haben – gegen die Hitze in der Stadt wirken. Dies kann auch bedeuten, dass sich die Grünflächen an den Gebäuden oder auf den Dächern befinden. All das soll in diesem Rahmen möglich werden. Wohlen soll auch im Innern verdichtet werden, aber nachhaltig und so, dass keine Betonwüste, sondern hochwertiger Lebensraum entsteht. Zudem soll Wohlen als regionales Zentrum für das Gewerbe und das Wohnen, in der Bahnhof- und Zentrumsnähe und für die Industrie in den optimierten Randgebieten, wachsen können. Für das alles haben wir mit der Gesamtrevision der Nutzungsplanung das richtige Instrument in der Hand. Parzellenscharf wird darin festgelegt, was gebaut wird und wie sich die einzelnen Ortsteile entwickeln sollen. Und das Gute daran ist, dass dies nicht nur wir Parlamentarier oder der Gemeinderat bestimmt, sondern, dass sich die ganze Bevölkerung dank der Mitwirkung einbringen kann. Entscheidend dafür ist aus unserer Sicht, dass die Wohlerinnen und Wohler auch digital an dieser öffentlichen Mitwirkung teilnehmen können und damit zeit- und ortsunabhängig sind. Früher gab es einfach zwei einzelne Infoveranstaltungen. Wir stimmen darum dem Verpflichtungskredit für die Gesamtrevision der Nutzungsplanung einstimmig und mit Überzeugung zu.

Büchi Roland, SVP: Ich mache es kurz. Wenn es ums Geld geht, dann wird die SVP hellhörig und dann schauen wir genau hin. Auch dieses Geschäft haben wir anlässlich unserer Fraktionssitzung intensiv diskutiert. Wir sind einstimmig der Meinung, dass das Geld gut investiert ist und zur Weiterentwicklung von Wohlen beiträgt. Für Wohlen ist es enorm wichtig, dass nicht nur Geld ausgegeben wird, sondern dass in Zukunft auch Geld eingenommen wird – vor allem mehr Steuergelder. Aus diesem Grund wird die SVP dem Verpflichtungskredit für die Gesamtrevisionsnutzungsplanung im Gesamtbetrag von CHF 900'000 inkl. 7.7% MWST einstimmig zustimmen.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Die Nutzungsplanung bildet eine wichtige Grundlage für eine mittel- und langfristige Entwicklung einer Gemeinde. Die Nutzungsplanung der Gemeinde Wohlen, genehmigt vom Regierungsrat im Jahr 2014, wird ihren gültigen Planungshorizont von zehn bis fünfzehn Jahren ab dem Jahr 2024 erreichen. So gesehen sollte man sie jetzt an die Hand nehmen. Meine beiden Vorredner Olivier Parvex und Roland Büchi haben bereits alles gesagt, was auch ich sagen wollte. Die Fraktion Dorfteil Anglikon/FDP stimmt dem Bericht und der Antrag 15031 einstimmig zu.

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Die Kosten sind relativ hoch und die Planung dauert mit sieben Jahren relativ lange. Wohlen wächst und verändert sich. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden. Unsere Fraktion begrüsst die Vorgehensweise des Gemeinderats, dass die anstehenden Planungsprozesse bestmöglich miteinander abgestimmt werden.

Ich möchte auf unsere Motion vom März 2018 betreffend Einführung einer generellen Gestaltungsplanpflicht in bestimmten Bauzonen der Gemeinde Wohlen hinweisen. Der Gemeinderat hat in seinerzeit als Postulat entgegengenommen. Im Rahmen von der anstehenden Gesamtrevision Nutzungsplanung soll jetzt die von uns geforderte generelle Gestaltungsplanpflicht in der Kernzone K, der Wohn- und Gewerbezone WG 4 und der Wohn- und Gewerbezone WG 3 geprüft werden. Unser Anliegen bezweckt die Qualitätssicherung auf Schlüsselarealen dieser Gemeinde. Die Schlüsselareale prägen das Dorfbild entscheidend. Nicht zuletzt dürften qualitativ hochstehende Bauten auch zu einer höheren Pro-Kopf-Steuerkraft beitragen und dies kann Wohlen bitter nötig gebrauchen. Die Mitte-Fraktion stimmt diesem Bericht und Antrag zu.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Gesamtrevision Nutzungsplanung im Gesamtbetrag von CHF 900'000 (inkl. 7.7% MWST).

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 15033 Erstellung Entwicklungsrichtplan Rigacker – Verpflichtungskredit

Meier Valentin, SP: Die FGPK hat das Geschäft ausführlich diskutiert und ist einstimmig zum Schluss gekommen dieses dem Einwohnerrat zur Annahme zu empfehlen. Die FGPK erachtet die Möglichkeit, durch die Innenverdichtung im Gewerbegebiet Rigacker zu mehr Gewerbe und Produktionsfläche zu kommen als Chance. Selbstverständlich liegt es anschliessend bei den rund 50 Eigentümerinnen und Eigentümern selbst, die eigenen Bedürfnisse zu realisieren und nach eigenen Möglichkeiten mitzuarbeiten. Dass die Gemeinde den Prozess der Erstellung des Entwicklungsrichtplan ins Rollen bringt und vollumfänglich aus dem Fonds Mehrwertabschöpfung finanziert, sowie die Möglichkeit auf eine kantonale Beteiligung in Aussicht gestellt wird, erachtet die FGPK als sehr gut.

Auch die SP wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen. Wir möchten noch darauf aufmerksam machen, dass es jetzt in erster Linie um einen Entwicklungsplan geht, aus welchem etwas entstehen könnte – insofern sich die Eigentümerinnen und Eigentümer dafür entscheiden. Es geht jetzt aktuell noch nicht um ein mögliches Parkhaus, ein Schwimmbad oder einen Park für irgendwelche Angestellten.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Herzlichen Dank dem FGPK-Sprecher. Der Bericht und Antrag basiert auf der Potenzialanalyse, welche durch uns in den vergangenen Jahren erstellt wurde. Im Rahmen der Berichterstattung über das Legislaturprogramm wurde dies ausgeführt. Die Potenzialanalyse hat ergeben, dass im Gewerbegebiet Rigacker sehr viele Flächen zusätzlich erschlossen oder geschaffen werden könnten, wenn man gemeinschaftliche Anlagen oder verbesserte Erschliessungen weiterverfolgen würde. Die Innenverdichtung ist natürlich nicht nur ein Credo, welches im Wohnbau verfolgen soll, sondern halt auch im Gewerbe und besonders bei Produktionsflächen weiterverfolgen soll. In diesem Bereich sehen wir noch Potenzial. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass in der Gemeinde Wohlen für die Produktion riesige Gewerbeflächen zusätzlich eingezont werden – also nicht für Dienstleistungen oder Büros, sondern für Produktion von Produkten. So wie im Gewerbegebiet Rigacker. Es liegt an uns aus den vorhandenen Ressourcen möglichst gute Voraussetzungen und viele Flächen zu schaffen. Mit dem Entwicklungsrichtplan Rigacker machen wir den ersten Schritt dazu. Im Rahmen der Erstellung der Potenzialanalyse war es sehr erfreulich zu sehen, wie gross die Beteiligung der Unternehmen gewesen ist. Ich bitte Sie darum, dem Antrag zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Keller Anna, Grüne: Es gibt für uns grüne drei Gründe, welche für eine Zustimmung zu diesem vorliegenden Vorhaben sprechen. Einerseits sind nur wenig Gewerbeflächen vorhanden in Wohlen, obwohl ja solche gesucht sind. Die Eigentümer und Nutzer im Gewerbegebiet Rigacker sind aufgrund der Potenzialanalyse offensichtlich am Thema interessiert. Weiter gibt es den Fonds der Mehrwertabschöpfung, aus welchem die Erstellung des Entwicklungsrichtplans finanziert werden kann. Es handelt sich um ein spannendes Projekt, im welchem die Gemeinde und die Vertretung von Eigentümern und Nutzern in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe neue Möglichkeiten für Synergien und optimierte Raumnutzungen erarbeiten können. Wir Grünen unterstützen dies gerne.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Wir sehen die Notwendigkeit, dass wir im Gebiet Rigacker eine Konzentration der Industrie und die Machbarkeit prüft und somit die Attraktivität von Wohlen gegenüber der Industrie fördert. Wie es im Leben so ist, hat jedes Projekt einen Anfang und ein Ende. Und wenn man schon so viel Geld spricht – auch wenn nur CHF 50'000 seitens des Kantons und CHF 50'000 aus dem Fonds beigesteuert werden, so erwarten wir eine klare Deadline mit brauchbaren Resultaten beziehungsweise ein Grundkonzept. Ansonsten spricht man wie so oft viel Geld und es passiert nichts. Ausser Spesen nichts gewesen. Uns stellen sich noch weitere Fragen. Wenn zum Beispiel eine neue Parksituation geschaffen

würde, ähnlich derjenigen wie bei der Digitec, wer finanziert und betreibt dann diese? Wer wird diese unterhalten. Stellt dann der Gemeinderat einen Antrag für mehr Stellenprozent? Wie ist der private Einfluss und wie können Firmen verpflichtet werden. Sie sehen, wir haben noch einige Frage offen. Wie anfangs erwähnt, unterstützen wir den Kreditantrag mit dem klaren Ziel, dass das individuelle Standortmarketing endlich Luft unter Flügel erhält.

Donat Marc, Die Mitte: Ideale Gewerbegebiete sind für unsere Gemeinde unerlässlich, um für Firmen attraktiv zu sein. Durch eine umsichtige Planung vom Gewerbegebiet Rigacker können die Flächen, sowie die Ausnützung stark optimiert werden. Durch das Verschieben und Optimieren von Parkflächen können Synergien geschaffen werden, wie zum Beispiel eine gemeinsame Nutzung. Durch gemeinsam genutzte Infrastrukturen können bestehende Firmen ausgebaut oder neue Firmen können angesiedelt werden. Weitere Arbeitsplätze innerhalb vom Gemeindeperimeter zu schaffen ist essenziell für unser starkes Bevölkerungswachstum in Wohlen. Durch den hoffentlich bald beendeten Ausbau der Nutzenbachstrasse ist auch das Gewerbegebiet Rigacker wieder gut an die Verkehrsachse rund um Wohlen angeschlossen. Die enge Verknüpfung vom Entwicklungsplan Rigacker mit dem KGV und der Gesamtrevision Nutzungsplanung machen den Verpflichtungskredit notwendig und richtig. Die Mitte-Fraktion empfiehlt die Genehmigung des Verpflichtungskredits für die Erstellung des Entwicklungsrichtplans Rigacker.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Ich danke dem Gemeinderat für den von Anfang stattgefundenen Miteinbezug der Eigentümer der Gewerbebetriebe Rigacker in den Bericht und Antrag. So konnten Erkenntnisse aus erster Hand gewonnen werden. Es wurde erkannt, wo Handlungsbedarf besteht, wo der Schuh drückt, welche gemeinsamen Wünsche bestehen und wie das Rigacker-Gebiet sinnvoll weiterentwickelt werden kann. Im Rigacker, mit ca. 50 Eigentümern, hat es nur noch wenige freie Fläche. Eine Optimierung der Parkflächen und der gemeinschaftlichen Anlagen sowie eine gemeinsame Nutzung und die Schaffung von Synergien sind sehr sinnvoll. So kann der Rigacker möglichst optimal genutzt und seine Attraktivität gesteigert werden. Bezüglich der Finanzierung ist es erfreulich, dass seitens des Kantons Gelder zu erwarten sind und der Gemeindeanteil aus dem Fonds der Mehrwertabschöpfung abgedeckt werden kann. Somit wird die Erfolgsrechnung der Einwohnergemeinde nicht belastet. Die Fraktion Dorfteil Anglikon/FDP stimmt dem Bericht und Antrag 15033 einstimmig zu.

Sax Simon, GLP: Vielen Dank für die Ausarbeitung dieses Bericht und Antrags. Beim Rigacker-Gebiet handelt es sich um eines der weniger Gewerbegebiet in Wohlen. Grundsätzlich übersteigt die Nachfrage für Gewerbeland das Angebot bei weitem. Der Gemeinderat schlägt jetzt im Bericht und Antrag vor, einen Entwicklungsrichtplan zu erstellen und dies beinhaltet eine Analyse, ein Zieldefinition und auch Massnahmen. Wichtig zu wissen ist, dass die Gemeinde Wohlen nicht als Eigentümerin involviert ist. Sie kann darum den Prozess nur begleiten. Das erachten wir als einen wichtigen und auch sinnvollen Ansatz. Die vorhandenen Flächen sollen effizient genutzt werden und die bestehenden Potenziale sollen genutzt werden. Wir unterstützen den vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Erstellung des Entwicklungsrichtplans «Rigacker» im Gesamtbetrag von CHF 105'000 (inkl. 7.7% MWST).

wird einstimmig zugestimmt.

Postulat 14141 Outsourcing Hauswartungen und Reinigungen

Stäger Dieter, FDP: Der Gemeinderat hat das Postulat eigentlich schon bearbeitet. So fällt seine Begründung zu seinem Antrag auf Nichtüberweisung auch ziemlich ausführlich aus. Berechnungen sind tendenziell wahrscheinlich ein bisschen zurechtgebogen worden. Es handelt sich nicht ganz um Eins-zu-eins-Vergleiche. Dies wundert uns nicht weiter, denn der Gemeinderat möchte ja natürlich auch das Outsourcing nicht ernsthaft prüfen. An der letzten Einwohnerratssitzung haben wir in diesem Bereich einige Pensenerhöhungen beschlossen. Aus diesem Grund erscheint uns eine Überweisung dieses Postulat inzwischen als wenig sinngenehm. Wir verzichten somit einstimmig auf eine Diskussion und stimmen dem Antrag des Gemeinderats auf Nichtüberweisung zu. Die Fraktion FDP O Dorfteil Anliker verzichtet einstimmig auf eine Diskussion und stimmt dem Antrag vom Gemeinderat auf Nichtüberweisung zu.

Abstimmung

Die Überweisung des Postulats 14141 betreffend Outsourcing Hauswartungen und Reinigung wird einstimmig abgelehnt.

Motion 15001 Anpassung des Vergütungsreglements für politisch gewählte Personen im Hinblick auf die Legislatur 2022-2025

Lütolf Harry, Die Mitte: Zu Händen des Protokolls teile ich mit, dass diese Motion nicht von mir ist, sondern von der Mitte Fraktion. Nehmen Sie das bitte so zur Kenntnis. Im Gegensatz zum Geschäft, welches wir vorhin behandelt haben, werden wir die Motion heute nicht zurückziehen. Wir finden es sogar wichtig, dass sie überwiesen wird. Die Gerechtigkeit hat für Die Mitte einen hohen Stellenwert. Wir möchten das in diesem Dorf fair und gerecht miteinander umgegangen wird, unter den Behörden, zwischen Behörden und Bürgerschaft. Sie können sich alle an die Diskussion im Dezember erinnern. Anlässlich dieser Sitzung haben wir das gleiche Vergütungsreglement wie dasjenige, welches heute Gegenstand dieser Motion ist, diskutiert. Unserer Meinung nach nahm die damalige Diskussion einen sehr unglücklichen Verlauf. Durch Zufälligkeiten und Zufallsmehr ist am Schluss alles abgelehnt worden und es blieb beim Status Quo. Also das Vergütungsreglement wurde – entgegen der Beantragung des Gemeinderates – nicht angepasst. Der Gemeinderat hätte eigentlich schon vor der Behandlung im Einwohnerrat die Beträge selbst senken müssen auf die Variante, welche dem Einwohnerrat bereits zu einem früheren Zeitpunkt unterbreitet worden ist. Die Gemeinderäte erhalten derzeit dieselben Entschädigungen wie eh und je – also, seit es das aktuelle Vergütungsreglement gibt. Wir von Der Mitte finden das nicht gerecht und nicht fair. Es wird ganz sicher im Ressort Schule für den Gemeinderat Mehrarbeit anfallen. Auch dann, wenn er vieles an die Verwaltung delegieren kann oder soll, bleibt sich sicher einiges beim Gemeinderat hängen. Die bisherigen fünf Mitglieder der Schulpflege, welche zusammen um die 100 Stellenprozente Arbeit ausgeführt haben – davon der Schulpflegepräsident alleine etwa um die 50% – haben insgesamt CHF 70'000 als Entschädigung erhalten. Dieser Betrag fällt jetzt – wie wir wissen – weg. Der Arbeitsaufwand für den Gemeinderat ist gestiegen, insbesondere aufgrund der neuen Zuständigkeiten im Schulwesen. Es kann nicht sein, dass die vielen zur Verrichtung anstehenden Arbeiten, welches ein Gemeinderatsmitglied zeitlich massiv belasten, nicht entschädigt werden und man einfach sagt, dass sie sich jetzt halt arrangieren sollen mit dem bisherigen Betrag. Man kann schon so weiterverfahren, aber es wird in Zukunft immer schwieriger Gemeinderäte für die Ausübung des Amtes zu finden. Da können Sie ganz sicher sein. Man kann den Gemeinderat auf unkorrekte Weise entschädigen und dann finden wir früher oder später einfach keine Kandidaten mehr. Da bin ich sicher. Diese Arbeit erledigt sich nicht einfach so mal nebenbei. Auch kann man nicht von einem reinen Ehrenamt ausgehen. Wir möchten jetzt natürlich für den Gemeinderat nicht unbedingt die Kohlen aus dem Feuer holen. Ich muss es aber nochmals wiederholen: Wir wollen gerecht sein und das was wir heute pflegen ist nicht gerecht. Das muss wirklich korrigiert werden. Dies ist der Sinn und Zweck dieser Motion. Es muss ein Globalbetrag eingesetzt werden, welcher der Gemeinderat anschliessend unter sich aufteilen kann. Der Betrag soll nur um CHF 20'000 von aktuell CHF 40'000 auf neu CHF 60'000 erhöht werden. Dies war bereits ein Kompromissvorschlag in dieser Diskussion vom letzten Dezember. Er wurde dann aus irgendwelchen dubiosen Gründen abgelehnt. Aber so müsste es eigentlich sein. Dies wäre damals eigentlich grundsätzlich mehrheitsfähig gewesen, hat das Mehr jedoch aufgrund von Zufälligkeiten nicht gefunden. Wir bitten Sie im Sinne der Gerechtigkeit, der Fairness in dieser Gemeinde dem Gemeinderat etwas mehr Entschädigung zuzugestehen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Wir danken Der Mitte für die Empathie und die Unterstützung, welche sie für die Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder, exklusive Gemeindeammann, entgegenbringen. Der Gemeinderat hat sich, wie Sie lesen können, ausführlich damit befasst und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir weder eine zustimmende noch eine ablehnende Empfehlung abgeben. Über die Erhöhung von CHF 20'000 – so wie Sie jetzt hier zur Diskussion steht – ist in der Einwohnerratsdebatte im Dezember bereits gesprochen worden. Auch wurde darüber abgestimmt. Dieser Erhöhung fand keine Mehrheit, so wie auch der Vorschlag für eine Erhöhung um CHF 40'000. Ich möchte vorausschicken, dass sich seither die Situation in der Argumentation seitens des Gemeinderats nicht geändert hat. Der Gemeinderat Wohlen ist im kantonalen Vergleich mit ähnlich gelagerten Gemeinden nach wie vor am schlechtesten entschädigt. Wir befinden uns weit unter dem Durchschnitt. Auch eine Erhöhung um CHF 20'000 wird an der Position in dieser Rangliste nicht viel ändern. Schlussendlich wurde jedoch vom Einwohnerrat ein demokratischer Entscheid gefällt. Der Einwohnerrat hat beschlossen weder dem Antrag des Gemeinderats noch

dem gestellten Kompromissantrag zuzustimmen. Wir sind nicht der Meinung, dass wir eine Empfehlung abgeben müssen. Es liegt allein beim Einwohnerrat, ob er einen Entscheid für eine Wiedererwägung in Betracht ziehen und so nochmals über das Thema diskutieren und befinden möchte. Selbst wenn der Gemeinderat den Entscheid des Einwohnerrats vom vergangenen Dezember falsch finden, so respektieren wir diesen und sehen keinen Grund diesbezüglich aktiv zu werden. Die nächste Überarbeitung vom Vergütungsreglement erfolgt wie periodisch vorgesehen, wieder vor Ende dieser Legislatur. Dann haben wir für die kommende Legislatur wieder ein aktuelles Reglement. Darin werden sämtliche Entschädigungsansätze wie immer kritisch überprüft.

Fraktionsmeinungen

Pascolin Laura, SP: Am 6. Dezember 2021 hat Die Mitte dazu beigetragen, dass der Änderungsantrag der FDP abgelehnt worden ist. Damals ging es um einen Kürzungsantrag des Globalbetrages von CHF 80'000 auf neu CHF 60'000. Die Mitte hat damals falsch gepokert und hat auf den Betrag von CHF 80'000 beharrt. Damit – wie schon erwähnt – wurde der Änderungsantrag der FDP abgelehnt. Man hatte somit weder den Spatz in der Hand noch die Taube auf dem Dach. Ein halbes Jahr später reicht die Die Mitte die vorliegende Motion mit dem Zweck ein, den Globalbetrag, um CHF 20'000 zu erhöhen, also von CHF 40'000 auf CHF 60'000. Sie sehen das Resultat ist das gleiche. Es geht um den Betrag von CHF 60'000. Klar auch Die Mitte kann aus Fehlern lernen. Wir werden die Motion unterstützen, damit wir nachher eben lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach haben.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Ja, im Dezember 2021 haben wir hier im Rat bereits ausführlich über das Thema diskutiert. Im Vorfeld haben wir dem Gemeinderat auch signalisiert, dass eine ein bisschen vernünftiger Lösung sinnvoll wäre und höchstwahrscheinlich auch eine Mehrheit gefunden hätte. Der Gemeinderat war für eine andere Lösung jedoch nicht bereit. Das Resultat daraus war – mit diesem etwas unglücklichen Abstimmungsprozedere – dass das ganze Reglement abgelehnt worden ist. Wir erachten es – nur wenige Monate später - als einfach zu früh das Thema erneut aufzugreifen. Wir möchten, dass der Gemeinderat nach einem Jahr schaut, wie viel Aufwand für die Gemeinderäte effektiv angefallen ist. Man darf nicht vergessen, dass ein Teil der vorhin genannten Aufwendungen, welche ehemals von der Schulpflege erledigt worden sind, nun durch die Schulleitungen erledigt werden. Die Ressourcen der Schulleitungen wurden seitens des Kantons erhöht, um genau einen Teil dieser Mehraufwendungen abzufangen. Unsere Fraktion fordert den Gemeinderat auf, im neuen Jahr mit einem Vorschlag zu kommen, welcher auf den effektiven Stundenaufwendungen und auf den effektiven Erfahrungen basiert. Wir möchten wissen, was die Abschaffung der Schulpflege wirklich bedeutet und welche Mehraufwendungen es tatsächlich gibt. Das es mehr Arbeit gibt, das ist auch in unserer Fraktion nicht bestritten. Eine kleine Mehrheit unserer Fraktion ist auch der Meinung, das durchaus gerechtfertigt ist, dass man die Erhöhungen dieser Entschädigungen vornimmt. Aber wir lehnen im Moment die Motion ab, weil der Zeitpunkt einfach zu früh ist.

Schmid Patrick, Grüne: Wir Grünen sind der Meinung, dass unser Gemeinderat für seine Arbeit fair bezahlt werden soll. Wir haben der Argumentation Der Mitte gut gehört und schliessen uns der Meinung an. Insgesamt sind wir jedoch der Ansicht, dass die Erhöhung um CHF 20'000 viel zu tief ist. Wir würden einen Antrag auf Erhöhung – zum Beispiel auf CHF 40'000 – vorbehaltlos unterstützen. Wir unterstützen jedoch auch die Erhöhung um CHF 20'000, um die im politischen Wahlkampf gemachten technischen Fehler auszugleichen.

Stäger Philipp, GLP/EVP: Auch unsere Fraktion ist grundsätzlich nicht dafür, dass erst kürzlich getroffenen Entscheide, nochmals neu aufrollt. Vor Dreivierteljahre sass die Hälfte unserer Fraktion noch oben auf der Tribüne und haben selbst festgestellt, dass der Änderungsantrag für gewisse Verwirrungen gesorgt hat. Wir haben das Gefühl, dass gewisse Volksvertreter im falschen Moment aufgestanden oder sitzen geblieben sind. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, dass wir der Motion zustimmen und das Thema nochmals behandeln wollen. Wir führten eine intensive Diskussion darüber, zumal der Antrag dazumal gar nicht seitens der CVP gestellt worden ist. Wir haben jedoch beschlossen, dass wir es dennoch genauer anschauen wollen. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat entsprechend gerecht entlohnt werden soll. Mit einer Erhöhung des Globalbetrags um CHF 20'000 sind wir der Meinung, dass die am stärksten belasteten Gemeinderäte entschädigt werden können. Wir unterstützen darum diese Motion.

Nicoll Jonathan, SVP: Wir sind auch der Meinung, dass das Thema zu früh diskutiert wird. Wir sind klar der Meinung, dass die Höhe der Entschädigungen im Hinblick auf die nächste Legislatur diskutiert werden sollte. Ich finde es ein bisschen müssig zu diskutieren, dass die Arbeit immer zunimmt und dass man auf dem heutigen Niveau nicht fair entschädigt wird. Es gibt zwar eine klare Differenz im Vergleich, aber sie kennen da selbst. Wenn der Aufwand steigt, kann ich auch nicht jedes Mal zu meinem Chef gehen und nach mehr Lohn fragen. Ich glaube, um was es hauptsächlich geht, ist auch einmal gewisse Zeichen seitens unserer Gemeinderäte zu spüren. Sie sollten vermehrt mit Vorschlägen kommen, mit welchen die Kosten nachhaltig und willentlich reduziert werden können. Wir diskutieren immer das Gleiche. Wir packen alles in den Finanzplan hinein und arbeiten einfach diesen ab und es gibt nach wie vor keine Prioritätenliste.

Einzelvoten

Büchi Roland, SVP: Eigentlich habe ich über die Motion gar nicht reden wollen. Ja, wir haben über das Vergütungsreglement im Rat abgestimmt. Bei dieser Motion handelt es sich um eine reine Zwängerei und eine Missachtung der Demokratie. Mehr Geld für die Gemeinderäte auszugeben, bedeutet nicht, dass sie nachher weniger machen müssen. Natürlich will ich auch nicht schuld daran sein, wenn unsere Gemeinderäte plötzlich wegen eines Burnouts ausfallen und eventuell noch in ein Sanatorium eingeliefert werden müssen, weil sie zu viel arbeiten. Vielleicht müsste man sich aber auch einmal überlegen, ob es nicht ein Fehler gewesen ist von sieben auf fünf Gemeinderäte zu wechseln. Ich bitte Sie, lehnen Sie die Motion ab.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es ist kein Fehler gewesen, von sieben auf fünf Gemeinderäte zu reduzieren. Vor allem, da schlussendlich auch demokratische Entscheide dahinterstehen, welche durch den Einwohnerrat und dann auch durch das Volk gefällt wurden.

Ich möchte einfach zu Händen des Protokolls die Aussage von Dieter Steger noch präzisieren, respektive korrigieren. Der Ausbau der Schulleitungspensen der Schulleitung der Gemeinde Wohlen hat gar nichts mit dem neuen Führungsmodell der Schule zu tun. Die Veränderung der Zuständigkeitsstruktur erfolgte aufgrund einer durchgeführten Arbeitsplatzanalyse. Dabei wurde festgestellt, dass einerseits die Schulleitungen zu wenig ressourciert sind, und andererseits gab es eine neue Ressourcierung seitens des Kantons, verbunden mit einer Veränderung der Ansätze. Ich betone, dass es keinen Zusammenhang mit der neuen Führungsstruktur der Volksschule hat.

Abstimmung

Die Motion 15001 betreffend Anpassung des Vergütungsreglements für politisch gewählte Personen im Hinblick auf die Legislatur 2022-2025 wird mit 21 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.

Motion 15002 Anpassung der 1. Ratssitzung zur Eröffnung der Legislatur

Breitschmid Manfred, SVP: Mit der Motion will ich eigentlich den Wunsch einbringen, dass die Legislatur von einem Ratsmitglied eröffnet wird. Damit die Eigenständigkeit des Einwohnerrat auch unterstrichen wird. Wer das vom Rat machen soll, habe ich bewusst offengelassen. Man hatte im Einwohnerrat schon die Praxis, dass es das älteste Mitglied vom Rat macht. Ich wäre offen und kann mir vorstellen, dass es auch fraktionsweise rotieren könnte. So kommt jede Fraktion einmal dran und bestimmt selbst, wer die Legislatur eröffnet. Bezüglich der Umsetzung kann ich verstehen, dass deshalb nicht sofort die Gemeindeordnung geändert wird. Das schaue ich also auch für nicht verhältnismässig an. In der Praxis werden solche Sachen für eine nächste Revision der Gemeindeordnung gesammelt. Es gibt keine Extrakosten. Es gibt keine separate oder eine extra durchgeführte Volksabstimmung. Eigentlich ein praktischer Weg. Wenn man will, kann man sich auch umsetzen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Motionär Manfred Breitschmid Mitmotionär hat es richtig gesagt, den Wunsch darf man haben. In der Gemeindeordnung der Gemeinde Wohlen war dies auch einmal so vorgesehen. Bis zur Revision im Jahr 2005 wurde die Sitzung immer durch den Gemeindeammann eröffnet. Anschliessend wurde in einer Reihe von verschiedenen Anpassungen, welche den damaligen Gemeindeammann betroffen haben, den Ablauf dahingehend geändert, dass jeweils das amtsälteste Mitglied des Einwohnerrates die neue Legislatur eröffnet hat. Dies wurde während drei Legislaturen so gemacht. Selbstverständlich darf man über so etwas im Rahmen einer Gesamtrevision diskutieren. Eine Gesamtrevision ist unserer Ansicht jetzt einfach nicht angezeigt. Bei der Gemeindeverfassung muss eine gewisse Stetigkeit gewahrt werden. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat die Motion abzulehnen. Aber ich möchte die entsprechenden Fraktionen auffordern, in einem Überarbeitungsprozess in vielleicht sechs Jahren, das Anliegen zu platzieren. Die Parteien erhalten dann die Möglichkeit, zu solchen Anträgen Stellung zu nehmen. Die Motion als Anregung zu überweisen erachten wird zum jetzigen Zeitpunkt als den falschen Weg, da sie dann wohl einige Jahre liegenbleiben würde. Darum bitten wir sie, den Antrag abzulehnen.

Keller Anna, Grüne: Als Amtsälteste des Einwohnerrates habe ich es einige Mal erlebt, dass die Amtsältesten die Legislatur eröffnen konnten. Ich hätte das sehr gerne gemacht bei dieser Legislatur, aber es ist eben nicht mehr möglich gewesen. Trotzdem sind wir Grünen für eine Nichtüberweisung dieser Motion. Dies auch den vorhin gehörten Gründen. Es bedeutet zu viel Aufwand zum falschen Zeitpunkt. Die jetzige Regelung ist im Rahmen der Gesamtrevision der Gemeindeordnung eingeführt worden. Und das gilt jetzt erst in der zweiten Legislatur, also erst seit gut viereinhalb Jahren. Wir meinen, dass die Revision und Veränderungen, welche damit vorgenommen wurden, schon irgendwann überprüft und evaluiert werden müssen, aber erst nach zwei bis drei Legislaturen. Das bedeutet nach acht oder zwölf Jahren. Dann hat man nämlich genügend Erfahrungen gemacht und die Anfangsschwierigkeiten sind vorbei. In diesem Rahmen ist es dann auch ein Anliegen, die Eröffnung der ersten Ratssitzung durch die amtsälteste Ratsperson durchzuführen oder eine andere Art zu prüfen und das Verfahren allenfalls wieder zu ändern. Aber im Moment lehnen wir die vorliegende Motion ab.

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Die Fraktion EVP/GLP sieht auch keine Notwendigkeit, das Prozedere der Eröffnung der ersten Ratssitzung der Legislatur durch den Gemeindeammann zu verändern. Die geltende Regelung ist als Teil der Gemeindeordnung sowohl vom Einwohnerrat als auch per Volksabstimmung genehmigt worden, stellt also Volkswillen dar. Wir gehen davon aus, dass sich das nach so wenigen Jahren nicht geändert hat. Zudem wäre die Teilrevision von der geltenden Gemeindeordnung, wie man schon gehört hat, wegen so einem kleinen Punkt völlig unverhältnismässig. Auch die Fraktion wird gegen die Überweisung der Motion stimmen.

In diesem Zusammenhang und auch im Hinblick auf kommende Motionen, möchten wir gerne unsere geschätzten Ratskollegen darauf hinweisen, dass politische Vorstösse immer mit grossem Aufwand für den Gemeinderat und die Verwaltung verbunden sind. Wir bitten darum, sich gut zu überlegen, ob es wirklich nötig und sinnvoll ist, aus persönlichen Anliegen beziehungsweise aus persönlichen Befindlichkeiten einen

politischen Vorstoss zu machen und damit die knappen personellen und zeitlichen Ressourcen der Verwaltung zu belasten.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Auch die Fraktion Mitte wird der Überweisung der Motion nicht zustimmen. Dies, wie bereits von den anderen ausgeführt, nicht weil wir die Idee nicht gut finden, sondern weil eben die Gemeindeordnung angepasst werden müsste und das übertrieben wäre. Wir sind der Meinung, dass dann die Änderung bei der nächsten Anpassung bestimmt werden soll.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir sind auch einstimmig gegen eine Überweisung der Motion. Es bedeutet zu viel Aufwand zum falschen Zeitpunkt. Die Idee kann man sicher wieder aufnehmen, wenn ich sehr wahrscheinlich nicht mehr in diesem Rat bin.

Abstimmung

Die Überweisung der Motion 15002 Anpassung der 1. Ratssitzung zur Eröffnung der Legislatur wird mit 10 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Motion 15014 Kreditanträge für Bauprojekte

Breitschmid Manfred, SVP: Ich bedanke mich vorab. Obwohl meine, vorhergehende behandelte, Motion abgelehnt wurde, habe ich mehrheitlich gehört, dass es eigentlich der Wunsch ist, mein Anliegen bei der nächsten Überarbeitung der Gemeindeordnung einfließen zu lassen.

Wir haben im März über dieses Thema bereits einmal im Rat diskutiert. Über die Formel, welche uns jeweils vom Gemeinderat vorgelegt wird. Thomas Hoffmann, FDP, stellte – wenn ich mich richtig erinnere – den Antrag, dass wenn ein Kredit nicht eingehalten werden kann, ohne plus-minus oder was immer, dass dann ein Zusatzkredit gestellt werden muss. Das hat der Rat abgelehnt. Ich hatte den Eindruck, dass man vielleicht zu wenig Zeit hatte, diese Formel genauer zu überlegen, denn der Antrag wurde im Zusammenhang von Baukrediten gestellt. Mich stört an der heutigen Praxis das $\pm 10\%$. Für mich ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass wenn man einen Kredit unterschreitet, dass ich den dann nicht beantragen muss. Also das -10% sage ich schlink weg. Das ist Sand in die Augen gestreut. Bei +10%, das sehen wir jetzt beim Schulhaus, das wird rund CHF 6 Mio. beinhalten, wird normal für einen solchen Betrag das Volk zur Abstimmung gebeten. Das ist aber jetzt in der Kompetenz des Gemeinderats. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass es eine faire Lösung sein soll. Eine Lösung, welche die Teuerung berücksichtigt. Und erst ein Zusatzkredit beantragt muss, wenn dies nicht eingehalten werden kann. Ich bitte Sie, dass man die zukünftigen Baukredite wirklich sauber aufgleisen kann, dem Antrag zuzustimmen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es geht ja bei dieser Motion generell um Bauprojekte und nicht nur um Liegenschaftsprojekte, aus diesem Grund nehme ich im Namen des Gesamtgemeinderats Stellung. Wir haben versucht die Grundlagen für die Antragsstellung mit $\pm 10\%$ auszuführen, welche nicht mehr und nicht weniger zum aktuellen Planungsstand aussagen. Es handelt sich um den Kostenvoranschlag, welche das Planungsbüro zu diesem Zeitpunkt vorlegt. Zusatzaufwendungen, beispielsweise wenn etwas Grösseres vergessen wurde und die +10% übersteigen, die sind ohnehin zu beantragen. Dies sieht das Gemeindegesezt so vor. Der Verpflichtungskredit setzt den Höchstbetrag fest, welcher der Gemeinderat für das Projekt ausgeben kann. Es handelt sich somit einfach nur um den Hinweis. Es ist nicht für vergessene Arbeiten oder für irgendwelche Risiken. Das würde anderweitig ausgewiesen. Unter §90i des Gemeindegesetzes ist ausgeführt, wie der Gemeinderat Zusatzkredite beantragen, respektive wie diese bewilligt werden müssen. Spätestens jedoch muss der Einwohnerrat über jede finanzielle Verpflichtung befinden und im Anschluss auch die entsprechenden Kreditabrechnungen genehmigen. Also wir handeln hier somit völlig gesetzeskonform. Es ist weder im Sinne noch in der Kompetenz einfach selbst Mehrausgaben zu tätigen. Es muss immer durch den Einwohnerrat genehmigt werden. Wir versuchen auch auszuführen, für was die Reserven enthalten sind. Die Reserve steht in Abhängigkeit zum Risiko. Hier ist massgebend, ob es sich um ein Neubau- oder Sanierungsprojekt handelt. Bei Neubauprojekten wird mit 3% bis 5% gerechnet und bei Sanierungen mit 5% bis 10%. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass eine solche Darstellung hoch transparent ist. Es handelt sich um den errechneten Preis zum Zeitpunkt X 100%. Wir weisen jedoch auch die Planungsungenauigkeit zu diesem Zeitpunkt aus. Selbstverständlich kann man das anders machen. Es führt jedoch dazu, dass wir dann höhere Kreditanträge haben werden. Inwiefern dies für den politischen Prozess hilfreich ist, ist etwas anderes, aber es führt nicht dazu, dass Projekte günstiger oder teurer werden. Schlussendlich steht immer noch der gleiche Kostenvoranschlag als Basis und es handelt sich immer noch um dieselben Zielwerte. Der Gemeinderat versucht immer 100% Kostengenauigkeit zu erreichen. Gerne möchte ich Ihnen Beispiele der Gemeinde Wohlen, in Bezug auf die Antragsstellung, aus der vergangenen Praxis darlegen. Es handelt sich um eine langjährige Praxis, dass einfach ein 100%-Kreditantrag einholt. Im Antrag wurde nicht einmal $\pm 10\%$ oder $\pm 15\%$ Prozent ausgeführt. Bei der damaligen Sanierung der Abdankungshalle des Friedhofes betrug der Kostenvoranschlag $\pm 10\%$, CHF 1.254 Mio. und genau dies wurde beantragt. Bei der Kreditabrechnung hat sich dann gezeigt, dass der Kredit um 16% überschritten wurde. Es wurde noch nicht einmal begründet, weshalb mehr ausgegeben wurde, sondern lediglich die verschiedenen Positionen aufzeigt. Ein Zusatzkredit wurde nicht eingeholt. Dasselbe Beispiel haben wir beim Kauf der Lagergebäude Fisher Scientific mit dem ganzen Umbau. Es wurde ein Betrag von CHF 1.35

Mio. für den Umbau mit einer Kostengenauigkeit von 15% beantragt. Es wurde entsprechend darauf hingewiesen, da man sich auf der Stufe Vorprojekt befunden hatte. Das gleiche auch beim Sportzentrum Niedermatten. Bei einem CHF 17.7 Mio.-Projekt wurde einfach 100% beantragt und im Kostenvoranschlag darauf hingewiesen, dass der Genauigkeitsgrad $\pm 10\%$ beträgt. So wie es der Gemeinderat handhabt, entspricht somit der langjährigen Praxis der letzten sechs Jahre, nur dass es einiges transparenter geworden ist. Wir schreiben nun einfach bereits bei der Antragsstellung den Kostengenauigkeitsgrad hin. Wenn Sie diese Motion überweisen, dann ändert sich – wie gesagt – in der Kreditantragsstellung nichts ausser, dass man den Betrag für die 10% einfach direkt in den Verpflichtungskredit miteinrechnet. Es ändert nichts an den Kosten, welche verursacht werden. Es ändert nichts an den Kreditabrechnungen, welche dann vorgelegt werden oder der Genehmigung von allfälligen Mehrkosten. Falls Sie die Motion überweisen, wird der Gemeinderat keinen separaten Bericht und Antrag stellen, sondern wird im Rahmen des nächsten Geschäftsberichts die Abschreibung dieser Motion beantragen. Natürlich würden ab sofort sämtliche Kreditanträge so dargestellt werden, wie es die Motion fordert. Im Namen vom Gemeinderat bitte ich Sie, dieser Motion nicht zuzustimmen. Wir erachten das Vorgehen, wie wir heute haben, als äusserst transparent.

Fraktionsmeinungen

Schmid Patrick, Grüne: Wir möchten die Motion nicht überweisen. Die Gründe dafür wurden von Arsène Perroud umfassend erklärt und wir können diese nachvollziehen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hatten wir sehr viele «Punktlandungen» bei den Kreditabrechnungen. Es wurde in diesen Ressorts sehr gut gearbeitet. Es gab teilweise Unterschreitungen und manchmal leichte Überschreitungen. Zudem gibt es praktisch keine Zusatzkredit. Mir ist der Letzte jedenfalls nicht bekannt. Ja, ich glaube, dass sich vorliegend das Schwimmbad, bzw. der Schüwo-Park im Hinterkopf befindet. Diese Überschreitung schürte wohl die Emotionen, wie ein Sturm im Wasserglas. Wir erachten die Beantragungsart mit der Darstellung von $\pm 10\%$ als sehr transparent und auch sehr gut umgesetzt.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Mein Votum geht drei Minuten $\pm 10\%$ oder wenn es euch vielleicht lieber wäre, sagen ja mein Votum geht drei Minuten und achtzehn Sekunden. Bei der ersten Variante von mir können Sie wenigstens die Hoffnung haben, dass ich vor drei Minuten fertig bin. Bei der zweiten Variante ist von Anfang an klar, dass ich länger als drei Minuten reden werde, denn ich habe mir die Zeit selbst gesetzt. Und so ist es doch auch mit dem Vorstoss.

Die Formulierung eines Kreditantrags macht kein Projekt günstiger – der Gemeindeammann hat es gesagt. Im Gegenteil, wenn von Anfang an ein um 10% höherer Kreditbetrag beantragt wird, also der Einwohnerrat oder das Stimmvolk zum Beispiel CHF 1.1 Mio. statt CHF 1 Mio. bewilligt, inklusive die Reserven, dann ist es doch wahrscheinlich, dass das Geld auch ausgegeben wird. Um was geht es in diesem Vorstoss? Wir haben den Eindruck, es geht vor allem darum, dem Gemeinderat ein Misstrauensvotum auszusprechen oder ihm vielleicht auf die Finger zu klopfen, ihm vorzuwerfen, dass er mit den Steuergeldern nicht zweckmässig haushaltete, sondern verschwenderisch damit umgeht. Das kann man machen. Das bringt unsere Gemeinde aber nicht weiter, löst kein Investitionsstau und macht – wie schon gesagt – auch kein Bauprojekt günstiger. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er immer bemüht ist, jeden Kredit möglichst zweckmässig, kostengünstig und sparsam mit den Steuergeldern umzugehen. Wenn er findet, der Kreditantrag mit $\pm 10\%$ sei zweckmässiger und mittlerweile bewährte Praxis, dann soll er das so machen. Wichtiger als die Formulierung im Kreditantrag ist für unsere Fraktion, dass der Kredit eingehalten und im besten Fall unterschritten wird. Sollte es jedoch zu einer Überschreitung des Kredits – wie beim Beispiel Schwimmbad kommen – dann erwarten wir auch vom Gemeinderat, dass er offen kommuniziert. Nicht so wie in seiner Mitteilung, als er von einer Überschreitung von 3% sprach, aber der bewilligte Kredit um 13% überschritten wurde. Aus all diesen Gründen überlassen wir es dem Gemeinderat, wie er seine Kreditanträge formuliert. Hauptsache sie sind transparent und nachvollziehbar. Aus diesem Grund sind wir gegen die Überweisung dieser Motion. Wenn Sie jetzt die Zeit mitgestoppt haben, können Sie feststellen, dass ich das Zeitbudget unterschritten habe.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: In einem Kreditantrag sollen realistische Reserven eingerechnet werden und der Betrag soll indexiert sein, anstatt mit diesen $\pm 10\%$ ergänzt werden. Die Anträge, welche wir in der letzten Zeit vorgelegt bekommen haben, waren sehr unterschiedlich dargestellt und miteinander nicht vergleichbar. Einmal waren sie mit Reserven, einmal ohne, manchmal indexiert und manchmal nicht. Vielleicht

war das schon alles gleich geplant gewesen. Im Bericht und Antrag war es jedoch nicht sauber erwähnt worden. In den zukünftigen Bericht und Anträge wünschen wir uns für die Bauprojekte detailliertere, übersichtlichere und vor allem einheitliche Kostenaufstellungen. Die Fraktion Mitte wird der Überweisung der Motion grossmehrheitlich zustimmen.

Keller Samuel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wie das Amen in der Kirche stelle ich fest, dass jedes Mal, wenn wieder die Legislatur losgeht, die neuen Mitglieder an dieser Stelle einen Vorstoss machen. Auch in unserer Fraktion haben wir herausgefunden, dass wir ein Mitglied haben, welcher sagt, dass man es auch anders machen könnte. Wir Älteren, welche schon länger dabei sind, haben mit dem Umstand umgehen können und können die Zahlen gut lesen. Darum werden wir die Überweisung dieser Motion mehrheitlich nicht unterstützen.

Abstimmung

Die Überweisung der Motion 15014 Kreditanträge für Bauprojekte wird mit 14 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Motion 15019 Grosskreisel Zentrum Wohlen

Breitschmid Manfred, SVP: Wenn ich Samuel Keller vorhin zugehört habe, so kommen bei einer neuen Legislatur Anträge, welche die altgedienten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte wahrscheinlich schon einmal behandelt haben. Ein sehr weiser Spruch, welcher man immer wieder hört. Ich lasse ihn darum so im Raum stehen. Es ist so wie mit dem Autofahren. Ich bin mir gewohnt, dass ich beim Fahren durch die Frontscheibe schaue und den Rückspiegel eigentlich nur dann brauche, um ab und zu eine Kontrolle zu machen. Bei diesen drei Motionen, welche ich heute hier treten darf, erhielt ich den Eindruck, dass man vor allem in den Rückspiegel geschaut hat. Und bei diesem Geschäft, welches wir jetzt hier behandeln, ist es schwierig und sicher nicht einfach. Ja, was will ich mit dem Antrag? Ich will, dass ein Projekt ausgearbeitet wird, dass man das prüft und dem Einwohnerrat vorlegt. Alles was ich gelesen habe, spricht dagegen. Wenn ich die Umfrage anschau, welche letzte Woche im Wohler Anzeiger zu lesen war, dann kann ich daraus entnehmen, dass über 80% der Teilnehmenden finden, dass wir ein Verkehrschaos haben. Ich kann in den Rückspiegel schauen, um zu sehen, was in den letzten Jahren in Wohlen passiert ist. Wir haben verschiedene Quartiere bereits geschlossen. Wenn ich beispielsweise ins Halden-, ins Boll- oder ins Aesch-Quartier hineinfahren möchte, so geht dies nicht. Dasselbe habe ich auch bei der Bibliothek feststellen müssen. Auch das geht jetzt nicht mehr. Es geht mir nicht darum, dies zu werten. Der Schleichverkehr, welchen wir vorhin hatten, der ist bereits gar nicht mehr möglich. Wir haben zwei Achsen. Ich sage dies schön global, von Büttikon nach Anglikon und von Bremgarten nach Villmergen. Wir nehmen den gesamten Verkehr auf diesen beiden Achsen in das Zentrum hinein. Gleichzeitig bauen wir im Zentrum wie die Weltmeister. Wir haben Bauten, in denen sind die Wohnungen gar noch nicht besetzt. Auch diesen Bewohnern müssen wir doch zugestehen, dass sie ein Auto haben dürfen. Und sie werden irgendwo in diesem Zentrum, wenn sie beispielsweise zur Arbeit gehen, zusätzlich den Verkehr beeinflussen. Wir werden somit keinen abnehmenden Verkehr haben, sondern der Verkehr wird zunehmen. Gleichzeitig ist mir aufgefallen, dass es immer mehr Fahrradfahrer und Trottinett-Fahrer auf dem Trottoir hat. Und weshalb benutzt der Fahrradfahrer das Trottoir? Nicht weil es für ihn ein Vergnügen darstellt, sondern weil er Angst hat im normalen Strassenverkehr mit dem gelben Streifen. Diese Fahrspur reicht ihm nicht. Wenn wir den Verkehr in Wohlen nur annähernd in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir vermehrt den Fahrradfahrern Sicherheit geben. Und das können wir nur, wenn wir, wo immer möglich, eine separate Spur erstellen. Wohlen verfügt über den Vorteil, dass der grosse Kreisel da ist. Wenn man ihn bauen müsste, wäre vielleicht bereits ein Antrag für den Bau eines Grosskreisel gestellt worden. Mir ist keine andere Gemeinde bekannt, welche über so ideale Voraussetzungen verfügt. Wir haben eigentlich das Goldkörnchen am Boden, wir müssten es lediglich aufheben. Aus dem Kreisel kann man etwas Geschicktes machen und der Einwohnerrat kann dazu seine Zustimmung geben oder nicht. Wenn Sie heute Nein zu dieser Überweisung sagen, dann gehe ich davon aus, dass Sie eine tolle Idee haben, wie Sie das Chaos vom Zentrumsverkehr in den Griff bekommen. Genau wie der Gemeinderat. Ich habe aus diesem Papier heraus keine einzige Zeile gelesen, welche das Probleme löst, sondern nur Gründe entnommen, weshalb man einen Versuch das zu prüfen nicht machen soll. Sie sind die Vertreter der Einwohner von Wohlen. Überlegen Sie sich, ob diese die gleiche Meinung wie der Gemeinderat haben. Es ist ja kein Problem und wir haben eigentlich kein Verkehrschaos. Wir müssen eigentlich nichts machen und wir müssen auch nichts prüfen. Wenn Sie die Meinung auch haben, dann dürfen Sie die Motion ablehnen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich hoffe, dass wir uns jetzt hier – bei der Besprechung dieser Motion – nicht zu fest im Kreisel drehen. Es ist nicht so, dass bei jedem Start eine Legislatur immer wieder die gleichen Themen kommen, sondern man muss weiter zurückschauen. Eigentlich kann man sagen, dass bei jeder Dekade ein ähnliches Thema kommt. Wir feiern nämlich dieses Jahr 50 Jahre Idee Grosskreisel in der Gemeinde Wohlen. Wie in unserer Haltung ausgeführt, wurde die bereits verschiedene Male geprüft und immer wieder verworfen. Bereits im Jahr 1972 wurden die gleiche Argumentation gemacht wie heute oder im Jahr 2012. Es sind die Themen Verkehrsbelastung, Sicherheit usw. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt. Wenn man sich die Karte anschaut, dann sieht dies auf den ersten Blick verlockend aus. Aber es gibt verschiedene Gründe, weshalb es nicht funktioniert. Es gibt ähnlich gelagerte Gemeinden, welche einen solchen Grosskreisel erstellen wollten. Diese Versuche

sind innerhalb von Stunden wieder abgebrochen worden, weil es einfach nicht funktioniert hat. Es gibt verschiedene Aspekte, welche man genau betrachten muss. Es handelt sich um einen Irrglauben, wenn man meint, dass es mit einem Grosskreisel weniger Verkehr gibt. Das ist das Hauptproblem für die Stauzeiten am Morgen, Mittag und Abend. Es gibt kein Chaos, welches den ganzen Tag besteht. Das ist überhaupt nicht der Fall und stimmt nicht. Wir haben in den Spitzenstunden ein hohes Verkehrsaufkommen, was bei den Knoten zu kurzen Stauzeiten führt. Nach der Wiedereröffnung der Nutzenbachstrasse im November 2022, wird das Ganze auch wieder ein bisschen anders aussehen. Es wird somit auch wieder eine Entlastung geben.

Das Hauptproblem sind tatsächlich Verkehrsknoten. Die Kreisel funktionieren für den Einbahnverkehr. Aber für einen Grosskreis funktionieren diese nicht, denn dafür sind die Kapazitäten einfach zu klein. Der Verkehr steht hauptsächlich beim Kreisel vor dem Kino. Bis dahin stockt es und danach läuft der Verkehr wieder fliessend. Es hat einfach mit den Kapazitäten dieser Kreisel zu tun. Das ist nicht immer die ideale Knotenform. Mit einem Grosskreisel gibt es einfach viel mehr Fahrkilometer. Wenn jemand von Bremgarten Richtung Waltenschwil fahren möchte, dann müsste er einmal um das ganze Zentrum herumfahren, wo der Weg jetzt relativ kurz ist. Es gibt diverse Nachteile. Auch ist es für die Fahrradfahrer nicht sicherer, denn es gibt eine viel höhere Belastung in diesem Einbahnverkehr. Man muss separate Fahrradpuren erstellen mit separaten Abbiegern und teilweise sogar auch separaten Lichtsignalanlagen, damit der Fahrradverkehr bevorzugt werden kann. Zudem könnte der öffentliche Verkehr seine Zeiten nicht mehr einhalten.

Bezüglich Schleichverkehr kann ich folgendes sagen. In der Gemeinde Wohlen gibt es zwei Quartiere, welche nur für Zubringen ausgeschildert sind. Das ist einerseits das Quartier Halde, zwischen der Bremgarter- und Waltenschwilerstrasse und andererseits – temporär während dem Neubau der Nutzenbachstrasse – das Quartier Aesch. Ansonsten gibt es in Wohlen kein einziges weiteres Quartier.

Wenn man die Motion umsetzen will, wie es der Motionär richtig gesagt hat, dann braucht es eine vertiefte Prüfung. Für das würde es also ein umfassendes Projekt benötigen. Mit Verkehrszählungen und Verkehrssimulationen, sämtlicher Überprüfung aller Verkehrsknoten und Abbiegungen, nur um überhaupt einen Testlauf verantworten zu können. Es ist eine Illusion zu glauben, dass ein Testlauf mit ein paar Einbahnschildern an den Kreiseln funktionieren könnte. Es handelt sich zudem hauptsächlich um Kantonsstrasse und regionale Verbindungsstrassen, welche davon betroffen wären. Aus diesem Grund kann das Projekt nicht einfach durch die Gemeinde in Eigenregie gemacht werden, sondern es benötigt das Einverständnis des Strasseneigentümers – also vom Kanton Aargau. Der Gemeinderat erachtet ein solches Projekt – aufgrund der verschiedenen Schwierigkeiten – nicht als zielführend. Auch in den letzten 50 Jahren wurde das Projekt nicht als zielführend betrachtet. Es ist deshalb auch nicht legitim Projektierungsgelder für ein solches Anliegen einzusetzen, wenn es aus heutiger Sicht bereits zum Scheitern verurteilt ist. Wir bitten Sie, die Motion abzulehnen.

Fraktionsmeinungen

Scherrer Daniel, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir danken dem Einwohnerrat Manfred Breitschmid für die Motion. Auch wenn die Überlegungen zu einem Grosskreisel in den letzten Jahrzehnten – ich habe gerade gelernt, bereits seit 50 Jahren – mehrfach thematisiert worden sind, haben wir uns dennoch in der Fraktion intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir sind aber dabei zum Schluss gekommen, dass wir dem Gemeinderat in seiner Empfehlung folgen. Die wichtigsten Argumente dafür gebe ich zusammenfassend wieder. Die Motion – und damit auch die Erfolgsaussichten – sind nicht alleine von Wohlen abhängig, sondern ein grosser Teil ist auch von der Zusammenarbeit mit dem Kanton abhängig. Ein grosser Teil fällt auf Kantonsstrassen. Im aktuell gültigen kommunalen Gesamtplanverkehr (KGV) 2012 hat man explizit und definitiv auf einen Grosskreisel verzichtet. Der KGV wird, gemäss heutigem Einwohnerratsbeschluss, wieder überarbeitet. Die baulichen Massnahmen und die Belastung durch die längeren Wegstrecken von Privaten und des öffentlichen Verkehrs würden zu einer massiven Lärm- und schlussendlich auch zu einer Luftbelastung führen. Es sind nicht nur Autos, sondern auch Busse. Zuletzt glauben wir aber auch, dass das Zentrum von Wohlen, von dieser potenziell schnelleren Verkehrsader, was noch zu beweisen wäre, abgegrenzt werden und Fussgänger sowie Fahrradfahrer durch bauliche Massnahmen speziell geschätzt werden müssten. Es reicht nicht, ein paar Schilder auszustellen, sondern es müssten noch einige weitere Massnahmen gemacht

werden. Wenn die Motion auch in der ersten Phase einen Testbetrieb vorsieht, so sind wir der Überzeugung, dass das nicht ohne beachtliche Kosten und schlussendlich auch Zeitaufwand sowie einschneidenden baulichen Massnahmen realisiert werden kann. Aus diesem Grund stimmt die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon einstimmig gegen eine Überweisung dieser Motion.

Schmid Patrick, Grüne: Wir Grünen werden die Motion ablehnen. Trotzdem danke wir Manfred Breitschmid herzlich für sein Mitgefühl für Fahrradfahrer. Dies schätzen wir sehr.

Heute Abend haben wir über den Verpflichtungskredit für die Überarbeitung des KGVs abgestimmt. Darin werden wirklich alle Szenarien für alle Verkehrsteilnehmenden angeschaut und geprüft. Zudem wird auch etwas das Thema betreffend Reduzierung der Autos angeschaut. Wie schaffen wir es den Individualverkehr ein bisschen zu reduzieren? Es ist halt leider immer noch so, dass bei 100 vorbeifahrenden Autos lediglich eine Person im Auto sitzt. Vielleicht befinden sich in drei oder vier Autos zwei Personen. Und in etwa jedem 134. Auto sind mehr als drei Personen drin. Also dort muss man definitiv auch etwas machen und der richtige Zeitpunkt ist der KGV.

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Das Thema Kreisel wurde im Dorfparlament schon mehrmals, in den Jahren 1972, 1994, 1996 und 2012 thematisiert und wieder verworfen worden. Alle bisherigen Erkenntnisse und Planungen laufen der eingereichten Motion entgegen. Zu viel Aufwand, sei es finanziell oder baulich, für zu wenig Nutzen. Der Gemeinderat hat in seiner Haltung die Gründe klar aufgeführt, was unsere Fraktion in eine Richtung stimmen lässt. Nämlich, dass wir einspurig, sorry ich meine einstimmig dagegen stimmen.

Gregor Michelle, Die Mitte: Es wurden nun schon sehr viele Argumente aufgeführt. Ich schliesse mich diesen an und teile mit, dass unsere Fraktion diese Motion einstimmig ablehnt.

Einzelvoten

Breitschmid Manfred, SVP: Es ist zwar nicht erwähnt worden und darum bringe ich es in den Rat hinein. Der Kreisel hat mit der Umfahrung gar nichts zu tun. Es ist nicht meine Meinung, dass es eine gegenseitige Konkurrenzierung geben soll, sondern das eine tun, das andere nicht lassen. Das mit dem Fahrrad, das ist mir wirklich ernst. Ich bin überzeugt, dass wir in Wohlen den Verkehr nur ein bisschen in den Griff bekommen, wenn das Fahrrad Priorität bekommt. Die Fahrräder haben sich verändert. Sie haben heute viele Leute ein E-Bike. Man kann also in die obere Halde ohne grosse Anstrengung hochfahren. Diesen Trend müsste man meiner Meinung nach aufnehmen. Ich wohne nicht an einem Kreisel in Wohlen. Ich wohne beim Blumengeschäft Donat AG, damit man weiss, wo das ist. Ich erlebe eigentlich täglich eine stehende Kolonne. Ich könnte für sämtliche gehörte Argumente ein Pingpong-Spiel machen. Das mache ich aber nicht. Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass ich keine Lösungen gehört habe. Man ist dagegen, dass man prüft und wenn man prüft, dann müsste man Geld in die Hand nehmen. Wenn man doch jetzt 20 Jahre lang geprüft hat, dann müssten doch die Resultate vorliegen, sodass wenn man jetzt das Projekt macht, kein Geld braucht. Das müsste man jetzt einfach aus der Schublade rausnehmen können. Darüber staune ich. Man ist dagegen, hat aber keine Ideen.

Meyer Meinrad, Die Mitte: Wer mich kennt und meine Interviews in der Vergangenheit gelesen hat, der weiss, dass ich hundertprozentig hinter dem Vorstoss von Manfred Breitschmid stehe. Ich bin überzeugt, dass man mit einer einfachen, pragmatischen Lösung einmal eine solche Testphase machen und so schauen könnte, ob es wirklich besser funktionieren würde. Wenn man nicht will, dann will man nicht, dann findet man aber auch Argumente, warum dass man das nicht will oder nicht kann.

Ich bin nach wie vor überzeugt, dass es möglich ist und ich will die Testphase, drei bis vier Wochen, um zu sehen, was es bringen würde. Dies zwar in Zeiträumen, in welchen die Leute auch zur Arbeit müssen und nicht in der Ferienzeit, wenn es keinen Verkehr hat. Es stimmt, was der Gemeindeammann gesagt hat. Der Verkehr staut sich vor diesem grossen Kreisel, draussen bei den Banken. Das ist so. Aber es ist so, weil dort sehr viele Fussgängerstreifen den normalen Verkehrsfluss behindern. Wenn es natürlich überall Abzweigungen gibt auf alle Seiten kann es keinen kontinuierlichen Verkehrsfluss geben.

Wenn man einen Grosskreisel hätte, wäre das mit Sicherheit entflochten und diese Konfliktstellen würden auch entschärft werden. Man müsse es nur versuchen. Es braucht ein paar Absperrgitter und es braucht eine Absprache mit dem Kanton, das ist richtig. Es ist nur eine Testphase. Wenn nämlich der Markt da ist, dann kann man die Strasse auch sperren und individuell etwas anderes machen. Überlegen Sie sich das noch einmal, ob sie weiterhin in Wohlen im Stau stehen wollen.

Keller Samuel, FDP: Stellen Sie sich vor, Sie sind am Morgen zur Stauzeit gerade unterwegs auf den Geschäftstermin und sind spät dran. Es müsste vorwärtsgehen. Oder stellen Sie sich vor, Sie befinden sich um 23.45 Uhr nachts auf dem Heimweg und wollen ins Bett. Das Navigationsgerät lenkt sie in den Grosskreisel und nehmen Sie die 21. Ausfahrt. So viele Ausfahrten haben wir, wenn wir einmal herumfahren.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Bedenken Sie, dass der Wohler Anzeiger letzte Woche eine Umfrage gemacht hat, welche – wie es mein Kollege Manfred Breitschmid gesagt hat – über 80% Zustimmung erhalten hat und bestätigt, dass wir hier in Wohlen ein erhebliches Problem haben. Ich denke, das ist signifikant und das ist eindeutig. Der Kollege Dennis Andermatt hat vorhin erwähnt, dass das Thema bereits im Jahr 1972 diskutiert worden ist. Ich habe es nicht notiert. Darüber wurde sicher schon fünfmal diskutiert und debattiert und es ist keine Lösung gefunden worden. Man kann das Thema meiner Meinung nach, auch vielleicht noch die nächsten 50 Jahre anschauen oder beziehungsweise hier im Parlament thematisieren. Es geht nicht an, das Parlament kommt einfach nicht vorwärts kommt einfach nicht in die Gänge. Die Themen werden einfach zu Tod geredet und ich meine, das ist keine Lösung. Ich bin der Meinung, wir sollten es vielleicht einfach probieren und dann weiss man es. Aber solange man es nicht ausprobiert, weiss man es auch nicht. Auch wenn es einen oder zwei Monate geht. Lassen Sie diese Gedanken bei der Entscheidungsfindung für diese Motion nachher einfließen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Bitte stellen Sie sich das nicht so einfach vor, dass man einfach ein paar Absperrgitter und Schilder aufstellen kann und dass das dann funktioniert. Bei jedem grösseren Bauprojekt mit beispielsweise 100 Wohnungen ist die Bauherrschaft dazu verpflichtet ein Verkehrsgutachten erstellen zu lassen, welches die Auswirkungen auf die einzelnen Knoten simuliert. Dies als Verhältnis. Man soll jetzt nicht einfach das Gefühl haben, dass man einfach einige Absperrungen hinstellen kann und dies würde dann funktionieren. Das geht einfach nicht und ist eine naive Vorstellung. Wenn man so etwas umsetzen möchte, dann benötigte es vertiefte Abklärungen. Wenn man so etwas machen möchte, muss der Kanton einverstanden sein. Das wiederum bedeutet, dass man für die Planungen einen sechsstelligen Betrag aufwenden muss, um die Umbauten so zu erstellen, dass es funktioniert. Manfred Breitschmid tätigte die Aussage, dass es keine Lösungen gibt, doch diese sind beispielsweise bereits im Kommunalen Gesamtplanverkehr enthalten. Dieser wird ja jetzt wieder überarbeitet. Darin werden genau solche Fragen, wie «wie gehen wir mit dem Thema Fahrradfahrer um?», behandelt. Stichwort «Stadt Zürich». Hier sollen Fahrrad-Vorzugsrouten gemacht werden. Zudem sind im kantonalen Richtplan bereits Fahrrad-Vorzugsrouten in grösseren Städten beinhaltet. Im Kanton Aargau gibt es für die Gemeinde Wohlen tatsächlich noch nicht so viel. Aber geben Sie sich nicht der Illusion hin, dass Fahrrad-Vorzugsroute keine Auswirkungen auf die anderen Verkehrsteilnehmer hätte. Ich unterstütze solche Sachen, jedoch muss man sich im Klaren darüber sein, dass es nicht nur positive Auswirkungen mit sich bringt und im autoaffinen Wohlen ganz sicher spannend diskutiert werden wird. Die effektivsten Massnahmen sind nachgewiesener Weise die Aufhebung von Parkplätzen. Das ist gemäss Studie die absolut effektivste Massnahme. Bitte lehnen Sie diese Motion ab. Warten Sie die Resultate der Gesamtverkehrsbetrachtung ab. Beteiligen Sie sich an der Erarbeitung des Kommunalen Gesamtverkehrs und helfen Sie mit, mögliche Lösungen für die vermeintlichen Verkehrsprobleme in der Gemeinde Wohlen aufzuzeigen. Bitte schauen Sie realistisch hin, was das angebliche ständige Verkehrschaos betrifft. Es beschränkt sich tatsächlich auf die Spitzenzeiten und die Gemeinde Wohlen ist, als viertgrösste Gemeinde im Kanton Aargau, eine Kernstadt und hat dementsprechend auch mit einem grösseren Verkehrsaufkommen zu rechnen. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir ein attraktives Gewerbe haben. Mit diesen Einschränkungen müssen wir leider leben. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich bin gegen die Überweisung dieser Motion. Das was jetzt der Gemeindeammann zum Schluss gesagt hat, war jetzt nicht gerade sehr clever. Ich bitte den Gemeindeammann gegenüber dem Kanton nie so aufzutreten, dass wir in Wohlen nur zu Spitzenzeiten ein kleines Problem haben und sonst überhaupt keine Probleme haben. Wenn man so gegenüber dem Kanton auftritt, dann werden nie

und nimmer irgendwelche Planungen ernsthaft und richtig durchgeführt. Der Kanton ist froh, wenn er sein Geld irgendwo anders investieren kann.

Nicoll Jonathan, SVP: Ich bitte euch die Motion zu überweisen, denn die Testphase wäre extrem sinnvoll. Abgesehen davon, wir hören von Arbeitsweg und Arbeitszeit – wir sprechen hier immer von Montag bis Freitag. Aber das grösste Chaos im Dorf ist am Samstag! Das ist die absolute Spitze und es stellt ein Riesenproblem dar, weil am Samstag alle ins Dorf einkaufen gehen wollen. Parkplätze braucht es je länger je mehr.

Abstimmung

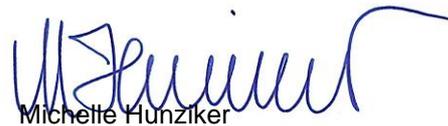
Die Überweisung der Motion 15019 Grosskreisel Zentrum Wohlen wird mit 9 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Meier Cyrille, Präsident: Ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen für das konstruktive Mitwirken bedanken. Die nächste Einwohnerratssitzung findet nach den Herbstferien am 17. Oktober 2022 um 18.00 Uhr statt. Im Fokus der Oktober-Sitzung wird die Budgetdebatte stehen.

Ich wünsche Ihnen schöne Ferien oder unterrichtsfreie Zeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Für das Protokoll


Cyrille Meier
Präsident


Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.